Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 12 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Montag, den 6. Juli 1925** | **5. Jahrgang * Nr. 141**

Das „Volksblatt" für den Krieg

Gegen Sowjet-Rußland

Im „Volksblatt" vom 4. Juli bespricht Herr F. O. H. Schulz zustimmend die Ausführungen der letzten Broschüre **Kautskys** über das Verhältnis der 2. Internationale zu Sowjet-Rußland und

geht im einzelnen auf die Frage des bewaffneten, konterrevolutionären Aufstandes ein.

Zunächst erklärt er, daß

Sowjet-Rußland heute das ernsteste Hindernis der Tätigkeit der 2. Internationale

darstellt.

Nachdem also die Vernichtung Sowjet-Rußlands so als die Hauptaufgabe der 2. Internationale erklärt wird, beschäftigt sich das „Volksblatt" mit der Frage, wie man diese Regierung stürzen könne. Auf friedlichem Wege sei dies nicht möglich:

„Das bolschewistische Regime ist ausgerichtet auf der gewaltsamen Niederhaltung der Massen, kann darauf nicht verzichten und muß diese Niederhaltung in Zukunft noch verschärfen. „Wie jeder andere Militärdespotismus, wie die Militärmonarchie der Romanows, der Habsburger, der Hohenzollern, dürfte auch er

nur durch Gewalt zu überwinden sein."

Kautsky und das „Volksblatt" lehnen dann ausdrücklich bewaffnete Putsche ab, solange **die Gefahr besteht, daß diese von der Räte-Republik niedergeschlagen werden könnten.** Bis dahin soll die Sozialdemokratie ihren politischen Einfluß aufbieten, um Sowjet-Rußland alle Auslandskredite unmöglich zu machen, wenn seine Regierung nicht auf die politischen Bedingungen der Kapitalisten und ihrer Helfershelfer eingeht.

Anders ist die Situation allerdings, wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen einmal zu einem allgemeinen Aufstand gegeben sind.

Kautsky vertritt die Auffassung, daß jede andere Regierungsform ein Fortschritt gegenüber dem bolschewistischen System bedeutet, und daß die Sozialisten in aller Zukunft sich gar nicht der Gefahr des Vorwurfs aussetzen können, die bolschewistische Regierung durch eine noch reaktionärere Regierung gestürzt zu haben.

Das „Volksblatt" hetzt also, wie die gesamte Sozialdemokratie, unmittelbar zum bewaffneten Aufstand.

Die Räte-Republik ist stark genug, über dieses Gekläff lächeln zu können. Aber es hat eine sehr ernste Bedeutung aus dem Grunde,

weil gleichzeitig die internationale Bourgeoisie mit aller Kraft bemüht ist, die internationale Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland und Deutschland dieser Front einzugliedern.

Die „Sunday-Times" erklärt, daß die

englisch-russischen Beziehungen infolge der Unterstützung des chinesischen Freiheitskampfes durch Sowjet-Rußland den kritischen Punkt erreicht hätten. Das britische Kabinett ziehe den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Betracht.

In diesem Augenblick, wo die Kriegsgefahr bereits an die Türe pocht, fordern die Entente-Imperialisten Deutschland auf, sich durch den Sicherheitspakt der antibolschewistischen Front anzuschließen. Der französische Senator Henry Jouvenel, einer der Führer der französischen Schwerindustrie, schreibt:

„Der Bolschewismus macht eine Einigung der europäischen Mächte gegenüber dieser Gefahr notwendig. Eine besondere Rolle im Kampfe gegen den Bolschewismus kommt Deutschland zu. Wenn das augenblicklich noch zögernde Deutschland sich nach Moskau wendet, so wird der Rhein die Grenze Asiens werden. Sowohl Chamberlain wie Briand haben die bolschewistische Gefahr erkannt. Deshalb sind die Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheitsvertrages von außerordentlich schwerwiegender Bedeutung. Deutschland kann nicht mehr lange sozusagen neutrales Gebiet zwischen Europa und Asien bleiben."

Und die deutsche Bourgeoisie ist willig, dem Kriegsruf zu folgen. Das „Berliner Tageblatt" schreibt zum Fascistenprozeß:

„Es besteht wohl in Deutschland Einigkeit darüber, daß es unmöglich ist, mit einem Staat in diplomatischen Beziehungen zu bleiben, der sich durch ein Verbrechen selbst außerhalb des Kreises vertragsfähiger Staaten stellt.

Tatsächlich hat die deutsche Regierung in Moskau bereits diplomatische Schritte gegen das Todesurteil ergriffen.

Jeder Arbeiter muß einsehen, daß die Gefahr eines Bündnisses aller kapitalistischen Mächte gegen Sowjet-Rußland heute größer ist, als je zuvor und daß der Sicherheitspakt nur ein Mittel ist, Deutschland der antibolschewistischen Front anzugliedern. Jeder Arbeiter muß auch einsehen, daß der Artikel des „Volksblatt" dazu dienen soll, die deutschen Arbeiter geneigt zu machen, sich als Kanonenfutter gegen Sowjet-Rußland herzugeben.

Kein klassenbewußter Arbeiter darf dulden, daß dieses kriegshetzerische Schandblatt sein Gift unter Proletarier ausstreuen kann!

Jeder noch klassenbewußte sozialdemokratische Arbeiter muß sich überlegen, ob er noch Mitglied der Kriegshetzerpartei sein kann und muß den Verrätern sein Mitgliedsbuch vor die Füße werfen.

Vor einer Sprengung der Regierungs-Koalition?

(TU.) **Berlin**, 4. Juli.

In der Sonnabendsitzung des Aeltestenrates des Reichstages machte der Präsident Loebe die Mitteilung, daß der Reichskanzler ihm habe sagen lassen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt eine außenpolitische Debatte im Reichstag nicht stattfinden könne. Der Reichskanzler werde die näheren Gründe im Aeltestenrat selbst klarlegen. Diese Sitzung des Aeltestenrates wird voraussichtlich am Dienstag stattfinden.

*

Die Vorgänge, die sich in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages abgespielt haben, sind selbst in der Geschichte dieses Parlaments **beispiellos.** Ein Staatssekretär der Regierung steht auf und erklärt kurz und bündig, daß der Reichstag mit den außenpolitischen Fragen zu warten habe, bis das Auswärtige Amt die Politik fertiggestellt hat. Mit Recht erklärte der **Vertreter der Kommunistischen Partei, daß sich kein Parlament in Europa eine derartige Behandlung gefallen lassen werde.** Mit dieser Methode ist wieder einmal bewiesen, daß das parlamentarische System nur eine Kulisse ist, daß die Außenpolitik lediglich in den Kontoren der Konzerne und Trusts und in den Geheimkabinetten der monarchistischen Staatsbureaukratie gemacht wird. Die Ausschaltung des Reichstages in den außenpolitischen Fragen ist kein Zufall.

Die Differenzen zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen nehmen immer schärfere Formen an.

Man fürchtet, daß durch eine Darlegung der Außenpolitik von seiten Stresemanns die Differenzen zwischen den beiden schwarzweißroten Parteien **bis zum Bruch** gedeihen können. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei konkurrieren zurzeit in gegenseitigen offiziellen Erklärungen in der Presse. Auf die Behauptung des Reichsministers Schiele, daß er über den Wortlaut des Memorandums über den Sicherheitspakt nicht unterrichtet gewesen sei, antwortet die Deutsche Volkspartei im Auftrage Stresemanns, **daß der Inhalt des Memorandums in seinen wichtigsten Punkten in verschiedener Form veröffentlicht wurde.**

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die führenden Deutschnationalen im Reichskabinett und in der Deutschnationalen Partei über alle außenpolitischen Vorgänge, betreffend den Sicherheitspakt, informiert gewesen sind. Wenn sie das jetzt ableugnen, geschieht dies nur, weil ein ungeheurer Proteststurm von den Landesorganisationen der Deutschnationalen Partei den Deutschnationalen die Fortsetzung ihrer Stresemann-Politik unmöglich macht. Die deutschnationalen Landesorganisationen fordern den Kopf von Stresemann.

Die völlige Hilflosigkeit im Luther-Kabinett zeigt, daß keine bürgerliche Regierung imstande ist, die außenpolitischen Differenzen zulösen. Wenn es noch einmal zur Vermeidung einer ernsten Krise kommt, dann nur, weil die Arbeiterklasse durch die verbrecherische Politik der Sozialdemokratie gespalten ist. Wäre die Arbeiterschaft einig und geschlossen, dann könnten sich Schwerindustrie und Junker mit ihrem Sicherheitspakt und Raubpolitik gegenüber dem Proletariat nicht einen Tag halten.

Der Feind ist im Verwirrung. Jetzt gilt es, die geschlossene Front der Arbeiter aus den Betrieben und die Einheitsfront der Arbeiter in den Gewerkschaften herzustellen. Die Massenproteste, die gegen die wucherische Zollpolitik der Reichsregierung eingesetzt haben, die Amnestiekundgebungen, die im ganzen Lande veranstaltet werden, und die Wirtschaftskämpfe, die auf der ganzen Linie entbrannt sind, müssen gefördert und unter eine einheitliche revolutionäre Führung gebracht werden. Kein Arbeiter darf sich länger von der Scheinopposition der Sozialdemokratie gegen die Hungerzölle verwirren lassen. Jeder Arbeiter wird jetzt begreifen, daß nur rücksichtslosester Klassenkampf die Lage der Arbeiterschaft bessern und den endgültigen Sturz des monarchistischen Systems herbeiführen kann.

Die Tragödie der Inflationsopfer

Der verbrecherische Betrug der Regierungsparteien

Halle, den 6. Juli.

Wir wollen hier, soweit dies ein kurzer Abriß tun kann, einige Tatsachen aus den Aufwertungsausschüssen wiedergeben, die ein schwaches Bild von dem Betrug und der Verhöhnung der Inflationsopfer geben, wie sie sich in den letzten Monaten in den Aufwertungsausschüssen abgespielt haben.

Die Deutschnationalen hatten bekanntlich in ihren Wahlaufrufen zum 7. Dezember sich in der Aufwertungsfrage die Vorschläge des Herrn Dr. Best zu eigen gemacht. Sie hatten nicht nur Herrn Dr. Best selbst zum Abgeordneten der Deutschnationalen Partei an aussichtsreicher Stelle plaziert, so daß er am 7. Dezember gewählt wurde, sondern sie hatten in feierlicher Weise durch Flugblätter die wichtigsten Teile der Bestschen Aufwertungsvorschläge veröffentlicht, versprochen, sobald sie, die Deutschnationalen, in die Regierung gelangen würden, diese Aufwertungspläne von Dr. Best zu verwirklichen. Mit großem moralischen Pathos hatten die Deutschnationalen immer und immer wieder verkündet: „Ein Lump ist der, der seine Schulden nicht bezahlt."

Als die Deutschnationalen nach dem 7. Dezember glücklich an die Futterkrippe des Staates gelangt waren, war das erste, was sie in der Aufwertungsfrage taten, daß sie auf die lange Bank schoben. Erst im April 1924 wurden die ersten drei Regierungsgesetzentwürfe eingebracht. Dann begann das Intrigenspiel, das zuerst mit der Sabotierung des eigenen Parteigenossen, Herrn Dr. Best, begann. Der erste Beschluß des Aufwertungsausschusses lautete: **„Der weiteren Beratung ist der Regierungsentwurf und nicht der Entwurf des Dr. Best zugrunde zu legen."** Also kaum hatten die Rechtsparteien ihren Wahlkampf mit der Person und den Anträgen des Abgeordneten Best zum günstigen Ende geführt, da schüttelten sie den lästigen Mahner von sich ab und wandten sich gegen dieselben Anträge, mit denen sie diesen Wahlkampf geführt hatten. Aber Herr Dr. Best kam den Deutschnationalen und Regierungsparteien in höchst unangenehmer Weise in die Quere. Vor kurzem fand eine große Diskussion über den neuen Schlüssel statt, den die Regierungsparteien für die Besetzung der Ausschüsse herausgeknobelt hatten, um die Opposition **im Steuerausschuß** zu schwächen. Eine recht amüsante Folge war nun, daß als gerechte Strafe für diese Schieberei nach dem neuen Schlüssel, ausgerechnet **Herr Dr. Best**, der ehrliche Freund der Aufwertung, einen klaren Anspruch **auf den Vorsitz** im Aufwertungsausschuß bekam. Gegen diese Kalamität nun wandten sich im Aeltestenausschuß die Rechtsparteien, so daß, nachdem man eine Schiebung mit einem neuen Schlüssel vorgenommen hatte, um im Steuerausschuß mächtiger zu sein, am folgenden Tage eine Reihe von neuen Schiebungen vorgenommen werden mußten, um den neuen Schlüssel durch einen noch neueren Schlüssel zu ersetzen und so Herrn Dr. Best den Zutritt zum Vorsitzenden des Aufwertungsausschusses zu verschließen.

Aber auch der erste vorgelegte Regierungsentwurf kam nicht zur Beratung. Man wollte noch sicherer gehen. Man hatte noch nicht genügend Betrug und „Abwertung" in den Regierungsentwurf hereingepackt. Und so schlossen kurz nach dem 14. Mai, als zum ersten Male der Aufwertungsausschuß zusammentrat, die Regierungsparteien das berühmte Aufwertungs- oder „Abwertungskompromiß" wie man es lieber nennen sollte. Zu der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Bayrischen Volkspartei tritt in vollkommen unterschiedslose Darstellung **die Zentrumspartei** als Regierungspartei. Sie geht mit den schwarzweißroten Parteien in der Aufwertungsfrage durch dick und dünn.

Dieses Abwertungskompromiß der fünf Regierungsparteien — und das steht in der parlamentarischen Geschichte einzig da — hat nun nicht etwa das Gesamtergebnis ihrer Beratungen in Form eines klaren Antrages zusammengefaßt. Unter sich haben sie es natürlich zusammengefaßt, aber bis heute hat diese Zusammenfassung weder das Licht des Ausschusses, noch das des Plenums gesehen. So ist es gekommen, daß bis zum heutigen Tage alle Anträge nicht in Form eines richtigen Gesetzentwurfes vorgelegt, sondern langsam paragraphenweise verzapft wurden. Dies Abwertungskompromiß wurde bei verschlossenen Türen perfekt gemacht. Seit zwei Monaten hätte der Gesamtantrag vorliegen können, hätte man die gewöhnliche parlamentarische Gepflogenheit beibehalten und einen richtigen Gesetzentwurf vorgelegt. Das schlechte Gewissen der Regierungsparteien aber hat nicht einmal diese elementare parlamentarische Forderung erfüllt, so daß sie gezwungen waren, die **dritte Steuernotverordnung**, die sie mit einem ungeheueren Aufwand von Demagogie bekämpft hatten, als sie noch in der Opposition standen, weiter verlängern zu lassen.

Aber diese parlamentarisch technische, jesuitisch-juristische Seite der Aufwertungsschwindler ging noch weiter. Nachdem mit Mehrheit im Parlament ein Antrag eingebracht war für einen Regierungsentwurf, betreffend Inflations-, Vermögenszuwachs- und Vermögenserhaltungssteuern, hat die Regierung sich bis heute noch nicht bemüßigt gefühlt, einen solchen Gesetzentwurf der Ausschüssen vorzulegen. Im Gegenteil, im Ausschuß selbst ist von Regierungsparteien bewußt, raffiniert, mit Vorwänden und Aufschiebungsmanövern vom Tage des Zusammentritts bis heute jede ernsthafte Aussprache über Inflations-, Vermögenszuwachs- und Vermögenserhaltungssteuern sabotiert worden, deren Ertrag dazu dienen sollte, wenigstens zu einem Teil besonders den bedürftigen Altbesitzern von Anleihen die nötige Aufwertung zu sichern.

Was an Materiellem bis heute in den Aufwertungsausschüssen an das Tageslicht gekommen ist, ist genau so schamlos, wie die Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250706-11/fragment/page=0001

schleppungen und parlamentarischen Tricks, die die Regierungsparteien in der Aufwertungsfrage angewandt haben. Wo es schon längst feststeht, daß die Regierungsparteien in ihrem sogenannten Aufwertungskompromiß einen die dritte Steuernotverordnung noch übersteigenden Betrug an den Inflationsopfern begehen werden, glauben sie noch einmal einen demagogischen Trick anwenden zu sollen. So wollen sie einen Bettelpfennig von 5 Millionen als erhöhte Aufwertungsrente für die Wohlfahrtsanstalten geben. Die Mittel für diese 5 Millionen Almosen für die ärmsten der Armen, für die, die der Wohlfahrtspflege anheimgefallen sind, sollen **aus den Einnahmen aus Zöllen** auf Roggen, Weizen, Spelz, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fleisch, Schweinespeck und Mehl aufgebracht werden. Man hat die Aufwertungsinteressenten, die Inflationsopfer vor den parteipolitischen Karren für Wahlerfolge gespannt und hat sie bis zum letzten Tropfen ausgequescht, um ihnen jetzt nichts zu geben. Jetzt aber hat man entdeckt, daß noch wie ein halber Tropfen drin ist. Man kann also diese Opfer noch einmal verwenden, um mit ihnen die großagrarischen Wuchersölle, Zölle auf Brot, auf Fleisch, auf Schweinespeck zu verkoppeln.

Noch zwei weitere betrügerische Tricks der Regierungsparteien mögen hier aufgezeigt werden. Bei privaten Vermögensanleihen will man eine 25prozentige Aufwertung vornehmen, und indem die Regierung von 25 Prozent spricht, erklärt sie in einem Unterausschuß, **daß diese 25 Prozent in Wirklichkeit nur 12½ Prozent sind.** (Durch die niedrige Verzinsung.) In Wirklichkeit sind es noch viel weniger als 12½ Prozent. Ebenso offensichtlich ist der Betrug bei den öffentlichen Anleihen, **die bloß um 25 Prozent abgewertet werden sollen,** um in 5 Prozent ihres bisherigen Wertes konvertiert zu werden. **Herr Hergt** hat selbst zu diesem unglaublichen Abwertungsvorschlag zynisch bemerkt, daß dieses hier zu schaffende Papier, diese Anleihe-Ablösungsschuld im besten **Falle einige wenige Pfennige pro tausend Mark** wert seien. **Also dort statt 25 Prozent keine 12½ Prozent und hier statt 5 Prozent keine ganz Pfennige pro tausend Mark.**

Je länger die Verhandlungen über die Aufwertung dauern, **einen desto größeren Gestank verbreiten sie.** Hatte das Ermächtigungsgesetz, an dem die Sozialdemokraten ihr gerüttelt Maß Schuld halten, einen Sturm der Entrüstung wachgerufen, so muß dieser erneute Betrug jedem Inflationsopfer nicht weniger gleichgültig sein. Die Lehre aber aus diesem ganzen Betrug kann nur die sein, daß die ganze kapitalistische Wirtschaftsordnung, daß alle bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten den Inflationsopfern nichts mehr bringen, was sie ihnen geraubt haben. Den Inflationsopfern bleibt nach diesen bitteren Lehren nur noch übrig, mit dem aktiven revolutionären Kern der Arbeiterklasse für eine neue Wirtschaftsordnung zu kämpfen, die nicht mehr abhängig ist von jenen Kräften, die die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer macht, sondern die eine Wirtschaftsordnung ist **all der Opfer,** die der Kapitalismus ausgebeutet und verelendet hat.

Sturm bei den Deutschnationalen über die Aufwertungsbetrüger

Der ehemalige Reichskanzler und Staatssekretär Graf Posadowsky, der der Deutschnationalen Partei nahesteht, schreibt in der „Freiburger Zeitung" zum Aufwertungsschwindel der Deutschnationalen:

„Es erscheint hiernach politisch unmöglich, daß die deutschnationale Fraktion jetzt für das sogenannte Aufwertungskompromiß stimmt, das im schärfsten Gegensatz zu ihren bisherigen Forderungen und Versprechungen steht; niemals dürften die Wähler erwarten, daß die Partei . . . entsprechend einer Erklärung ihres Vertreters in der Sitzung des Reichstages vom 28. Juni 1924 für eine gerechte Aufwertung die Wege weist."

In der Mittwochsitzung des Staatsrates wurden u. a. auch die Beschlüsse des Aufwertungsausschusses über die Aufwertung der Gemeindeanleihen besprochen und abgelehnt. Während der Debatte wurde u. a. ein Ausspruch des Deutschnationalen Dr. Steiniger erwähnt, der im Berliner Rathaus erklärt hat: **„Wer seine Schulden nicht zahlt, ist ein Lump."** Steiniger nahm zu der Angelegenheit das Wort, **bekannte sich zu der Erklärung** und sagte, daß er **auch heute noch die gleiche Auffassung vertrete.**

Damit bestätigt also ein deutschnationaler Abgeordneter seiner eigenen Partei und sich selber, daß sie **Lumpen** sind.

Allein die KPD. vertritt die Interessen der Inflationsopfer und zugleich die Interessen der proletarischen Mieter und Steuerzahler

Die KPD. stellte bei der zweiten Lesung des Gesetzes über die **Aufwertung von Hypotheken und sonstigen privaten Vermögensanlagen** eine Reihe von Anträgen, die von der vereinigten reaktionären Ausschußmehrheit allesamt abgelehnt wurden. Damit sind aber diese Anträge, ebenso wie die bei der Beratung des zweiten Aufwertungsgesetzes, des Gesetzes über die Ablösung **öffentlicher Anleihen** schon gestellten und noch zu stellenden kommunistischen Anträge keineswegs erledigt. Vielmehr werden sie auch künftig im Vordergrund des Kampfes um eine **soziale und gerechte Lösung der Aufwertungsfrage** stehen.

Die grundsätzlich wichtigsten Anträge der Kommunisten sind folgende:

1. Beantragte die Kommunisten in Uebereinstimmung mit einer auch in den Kreisen der Aufwertungsinteressenten gegenwärtig zum Durchbruch gelangten Auffassung die Anerkennung des Grundsatzes, daß auch das „Eigenkapital" des Grundstückseigentümers nicht höher und nicht niedriger „aufgewertet" werden soll, als die Vermögensanlagen, die seine Hypothekengläubiger auf dem Grundstück gemacht haben. Werden die Hypotheken nur mit 25 Prozent aufgewertet, d. h. also um 75 Prozent abgewertet, so soll entsprechend auch die Vermögensanlage des Eigentümers auf seinem Grundstück auf- bzw. abgewertet werden. Für den Unterschiedsbetrag zwischen der Gesamtsumme der auf 25 Proz. herabgesetzten Hypotheken und des auf 25 Prozent herabgesetzten Eigenkapitals einerseits, und dem gegenwärtigen Wert des Grundstücks andererseits soll auf dem Grundstück eine Sicherheitshypothek für das Reich eingetragen werden, die für eine vermehrte Entschädigung bedürftiger Hypothekengläubiger und anderer Inflationsgeschädigter nutzbar gemacht wird.

2. Nach einem weiteren Antrag der Kommunisten soll aus den nach Nr. 1 aufgebrachten Beträgen vor allem die erbärmliche Versorgung der Hypotheken verbessert werden und den Hypothekengläubigern im Wege der Diskontierung und Beleihung ihrer Hypotheken eine Verwertung ihrer Hypotheken zu einem früheren Termin, als den gesetzlichen Termin des Jahres 1932, ermöglicht werden. — Genosse Korsch berief sich bei der Begründung dieses Antrages insbesondere auch auf die in ähnlicher Richtung gehenden Vorschläge, die einstmals — lang, lang ist's her! — am 12. Januar 1924 der deutschnationale Herr Hergt gemacht hat, als er noch in Opposition war und noch ein warmes Herz für die Inflationsopfer im Busen trug. Trotzdem wurde dieser Antrag, ebenso wie der vorhergehende von demselben Herrn Hergt und von allen seinen Partei- und Koalitionsfreunden heute einstimmig abgelehnt.

3. Ein dritter Antrag der Kommunisten verfolgte den Zweck, daß die von den Garanten der öffentlichen Sparkassen zur Aufwertung der Sparkassenguthaben zu leistenden Beiträge auch wirklich nur den bedürftigen kleinen Sparern, und keinen großkapitalistischen Rentiers, zugute kommen sollen. Ohne Einfügung einer solchen Bestimmung würde die Aufwertung der Sparkassengutshaben nur dazu führen, daß auf Kosten der allgemeinen Steuerzahler, d. h. also vor allem auf Kosten der werktätigen Massen, einige mehr oder weniger wohlhabende Rentiers, wieder in den Bezug ihres Arbeitsloseneinkommens gesetzt werden. Selbstverständlich wurde auch dieser Antrag von der vereinigten Reaktion von dem deutschnationalen Hergt bis zu dem Sozialdemokraten beiden Anträge wurden selbstverständlich abgelehnt.

4. Durch zwei weitere Anträge verlangte die KPD. das Verbot der Abwälzung der Aufwertungsbeträge auf die Schultern der bedürftigen Mieter im Wege weiterer Mietsteigerungen und daneben die Aufhebung der Hauszinssteuer insoweit, als die dadurch aufgebrachten Beträge nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Förderung des Wohnungsbaues durch Reich, Länder und Gemeinden und gemeinnützige Baugesellschaften verwendet werden. Dieser letztere Antrag ist nur die Konsequenz von der durch die Anträge 1. und 2. vorgesehenen anderweitigen Erfassung der Inflationsgewinne des Grundstückseigentümers. — Auch diese beiden Anträge wurden selbstverständlich abgelehnt.

5. Der letzte und wichtigste Antrag der Kommunisten war gemeint als eine allgemeine Ergänzung der nach allgemeinem Einverständnis so erbärmlich ausgefallenen Regelung der Aufwertungsfrage. Ebenso wie den bedürftigen Altsoßtzern der Kriegsanleihe oder sonstigen öffentlichen Anleihen des Reiches, der Länder und Gemeinden, sollte auch den durch die Inflation in Vermögensverfall geratenen privaten Gläubigern über die im Aufwertungsprozeß vorgesehene sogenannte „Aufwertung" hinaus eine auskömmliche Unterhaltsrente gewährt und hierzu die Inflationsgewinne der Grundeigentümer und sonstigen Schuldner herangezogen werden. — Auch dieser Antrag verfiel der Abstimmungsguillotine.

Nachdem diese Arbeit getan ist, wird der Aufwertungsausschuß in den nächsten Tagen im gleichen Sinne auch das andere Aufwertungsgesetz, das Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen „erledigen". Der Schlußakt des ganzen, die **öffentliche und endgültige Hinrichtung der Inflationsopfer** wird dann Ende nächster Woche im Plenum des Reichstags vor sich gehen. Das ist das „Ende mit Schrecken", welches nach den Worten des Herrn Hergt die Regierungsparteien der Aufwertungsfrage bereiten wollen. **„Die Aufwertungsfrage ist tot"** — so meint Herr Hergt mit den Seinigen. Aber ein alter Spruch und ein Dichterwort besagen, daß die Totgesagten lange leben und daß die Toten schneller reiten können.

Die SPD. für die Durchpeitschung der Zollvorlage

In seiner Rede gegen die Zollpolitik der Reichsregierung hat Herr Sollmann im „Winterparten" feierlich verkündet, die Sozialdemokratie würde kein Mittel der parlamentarischen Obstruktion scheuen, um die Regierungsvorlage der Zölle zum mindestens hinauszuzögern. Herr Sollmann führte weiter aus: **Selbst wenn dadurch die parlamentarischen Ferien ausfallen müßten, könne das nicht hindern, daß die Sozialdemokratie alle parlamentarischen Obstruktionsmethoden anwenden würden.**

Im handelspolitischen Ausschuß wurde am Freitag in die Einzelberatung der Zollvorlage eingetreten. Auf der Tagesordnung wurden Anträge behandelt, die die Einsetzung einer schutzständigen Kommission bzw. die Durchführung einer Befragung von Fachleuten zum Gegenstand haben. Diese Sachverständigenkommission soll eine Enquete ausarbeiten, deren gründliche Herstellung lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Regierungsparteien stimmten dieser Enquete zu, jedoch unter der Bedingung, **daß sie bis zum 11. Juli dem Ausschuß vorliegt.** Am Schluß der Verhandlung stellte der Vorsitzende des Ausschusses fest, daß sämtliche Parteien mit Ausnahme der Kommunistischen Partei **für die Enquete unter der Bedingung eintreten, daß keine Verzögerung der Arbeiten des Ausschusses eintritt.** Die Sozialdemokratie hat dem nicht widersprochen, d. h. auch sie ist damit einverstanden, daß die Zollvorlage möglichst schnell erledigt wird.

Gegen Kleinbauern und Sparer

Bei Beginn der Reichstagssitzung am Donnerstag teilte Präsident Loebe mit, daß der Abgeordnete **Dr. Best die Strafverfolgung der Abgeordneten Dr. Oberfohren und Rademacher** (deutschnational) **wegen Beleidigung beantragt.** (Hört! Hört! bei den Komm.) Den beiden Deutschnationalen machte Best bekanntlich zum Vorwurf, aus persönlichen Interessen eine gerechte Aufwertung zu verhindern.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wird in die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die **Aenderung der Pachtschutzordnung** eingetreten. Die Rechte, insbesondere die Großagrarier bei den Deutschnationalen und im Zentrum, arbeitet darauf hin, die Pachtschutzordnung für die kleinen Pächter überhaupt zu beseitigen, um dadurch freie Hand bei der Verpachtung ihrer Grundstücke zu bekommen. Die Regierungsparteien haben beschlossen, die Geltungsdauer des Pachtschutzgesetzes um zwei Jahre zu verlängern. Außerdem sind die Pächter nach diesem Gesetz den Großagrariern vollständig ausgeliefert. Die Redner der Rechten, insbesondere die Deutschnationalen, denen sich die Volkspartei und die Völkischen anschlossen, forderten die baldige Beseitigung des Pachtschutzgesetzes überhaupt, denn dadurch könne das freie Spiel der Kräfte wieder einsetzen, was nur zum Nutzen der Pächter sei.

Für die Kommunistische Partei sprach Genosse

Hoernle,

der den Plänen der Großagrarier mit aller Entschiedenheit entgegentrat. Durch die Verlängerung der Pachtschutzordnung nur auf zwei Jahre werde die größte Unsicherheit unter die Pächter getragen. Eine Verlängerung der Pachtperiode auf mindestens zwölf Jahre müsse vorgenommen werden. Die Pläne der Rechten gingen dahin, den Bodenhunger der Pächter auszunutzen und durch volle Beseitigung jedes Pächterschutzes sich eine hohe Grundrente zu ergaunern. Daß den Pächtern nur bis zu 10 ha Land der Schutz der Pachtschutzordnung gegeben werde, sei unzulänglich. Weiter begründete Genosse Hoernle verschiedene kommunistische Anträge, um die jetzige Zusammensetzung der Pachteinigungsämter, worin nach dem Gesetz die Verpächter die Ueberhand haben, zu ändern. Während die Domänenpächter Pachtsätze von 80 Prozent der Friedenspacht zahlen müssen, fordern sie von den Pächtern das drei- und vierfache der Friedenspacht. An dieser Ausmucherung der kleinen Pächter beteiligt sich u. a. auch der preußische Staat, der den Pächtern im Moosbruchgebiet in Ostpreußen einen skandalösen Pachtvertrag aufgezwungen hat.

Genosse Hoernle forderte das **Verbot der Versteigerung von Pachtland.** Die Bourgeoisie verfolgt den Plan, neben der ungeheuren Steuerlast auch durch unerhört hohe Pachten die Lasten des Dawes-Paktes auf die werktätigen Massen in Stadt und Land abzuwälzen und dabei selbst glänzende Profite herauszuschlagen. Wir sind überzeugt, daß die kapitalistischen Parteien unsere Anträge, die im Interesse der Kleinbauern und der Kleinpächter liegen, ablehnen werden. Wir rufen den Bauern und Pächtern zu, daß sie auf die Versprechungen der Regierung und ihrer Parteien sich nicht verlassen sollen, sondern sich straff organisieren und den Kampf gegen die Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im Bündnis mit der Arbeiterschaft aufzunehmen zum Sturze dieser korrupten Ausbeutergesellschaft. (Beifall bei den Komm.)

In der Abstimmung wird ein völkischer Antrag, der sämtliche neuen Pachtverträge aus der Schutzordnung herausnehmen will, abgelehnt. Ein **kommunistischer Antrag, der die Vertretung der Pächterorganisationen in den Pacheinigungsämtern fordert, wurde gegen die Rechte angenommen.** In der Schlußabstimmung wurde das Gesetz **angenommen.**

Die SPD. läßt die Bergarbeiter im Stich

Koalitions-Ministersessel sind ihr wichtiger

(Eigener Bericht)

Berlin, 4. Juli.

Der Preußische Landtag führte am Freitag zunächst die Debatte über die **Grubenkatastrophen auf den westfälischen Kohlenzechen** zu Ende. Auch der Deutschnationale Dr. von Waldthausen hielt dem sozialdemokratischen Bergwerksdirektor Osteroth seine Doppelzüngigkeit vor. Im Plenum lobe er die Betriebsräte, im Ausschuß aber habe er erklärt, die **Betriebsräte seien in bezug auf die Grubensicherheitskontrolle nicht zuverlässig,** weil ihre Wahl eine Angelegenheit der politischen Agitation wäre. Der bloßgestellte Sozialdemokrat schwieg zu diesem Unternehmerfeststellungen **über** sein schuftiges Verhalten gegenüber den Betriebsräten. Er gab also zu, daß sie den Tatsachen entsprechen. Das bestätigte Osteroth auch gleich noch ausdrücklich, indem er sich bei den Zechenbesitzern und ihren Parteien mit den folgenden Sätzen anbiederte:

„Die Koalitionsparteien werden nicht das Blaue vom Himmel herunter beantragen. Herr von Waldthausen, Sie haben doch im Ausschuß selbst gesagt, daß wir Sozialdemokraten leidlich vernünftige Kerle sind."

Genosse Sobottka wendete sich in kurzen Ausführungen nochmals gegen die von den Regierungsparteien nachträglich eingebrachten Abänderungsanträge, welche die Ausschußbeschlüsse gerade in den für den Bergarbeiterschutz wichtigsten Punkten der Anstellung von Einfahrern und Grubenkontrolleuren verschlechtern. Unser Redner sah die Komödie voraus, die die sozialdemokratische Fraktion zugleich aufführte, als es zur Abstimmung kam. Durch einen ganz frechen Bluff wollte die SPD. verdecken, daß sie jetzt im Plenum gegen die eigenen Anträge stimmte, die mit Unterstützung von Zentrum und Kommunisten zu offiziellen Ausschußbeschlüssen geworden waren. Sie dachte, mit Frechheit um die Feststellung der blamablen Tatsache herumzukommen, daß sie durch ihre demokratischen Koalitionsbrüder vom „Berliner Tageblatt", der „Vossischen Zeitung" und den Großbanken, sowie dem demokratischen Handelsminister Schreiber-Halle gezwungen waren, die

wenigen positiven Zugeständnisse aus den Ausschußbeschlüssen wieder herauszubringen.

Da die Sozialdemokraten sich furchtbar aufregten, als die kommunistische Fraktion bei der Abstimmung für die Aufrechterhaltung der Ausschußbeschlüsse eintrat und ihre Presse versuchen wird, die Kommunisten wegen dieser Haltung zu verdächtigen, um ihre eigene Schande und die Preisgabe ihrer eigenen Anträge auf Geheiß des Finanzkapitals zu bemänteln, seien hier die Tatsachen festgestellt.

Der Ausschußbeschluß betr. die Bergrevierinspektoren (Einfahrer) (Drucks. 760, Nr. A 7b) sah vor, daß die Organisationen der technischen Grubenbeamten, soweit sie Tarifträger sind, das Vorschlagsrecht auszuüben haben. Ueber die gemachten Vorschläge hat das Oberbergamt endgültig zu entscheiden. Aus diesem Wortlaut geht klar hervor, daß die Bergbehörde an einen der Vorschläge der Tariforganisationen unbedingt gebunden ist. Nach dem Aenderungsantrag der Regierungsparteien (Drucks. 823, Nr. 5) ist lediglich „den Organisationen der technischen Grubenbeamten Gelegenheit zu geben, geeignete Personen in Vorschlag zu bringen." Der Unterschied und die Verschlechterung gegen den Ausschußbeschluß liegt auf der Hand. So ist der Bergbehörde bei der Berufung an diese Vorschläge nicht gebunden und kann

ohne Schwierigkeiten die gelben Kandidaten der Bergwerksunternehmer denjenigen der Organisation vorziehen.

Damit würden auch die Einfahrer wiederum „weiße Salbe" sein.

Obgleich also die Fassung des Aenderungsantrages eine Verschlechterung bedeutet, stimmte die kommunistische Fraktion bei wiederholter Abstimmung dafür. Die SPD. sollte nicht sagen können, daß durch das Festhalten der KPD. an den Ausschußbeschlüssen die Einführung der Einfahrer überhaupt gescheitert wäre. Allem Anschein nach hatte wohl die demokratische Fraktion, entsprechend den Weisungen des Handelsministers und des Bankgewaltigen gedroht, bei der Abstimmung über die Ausschußbeschlüsse mit den anderen Parteien des Schwerkapitals, **mit der Volkspartei und den Deutschnationalen, stimmen zu wollen.**

Die Sozialdemokratie hat durch die Koalitionspolitik keine eigene Meinung mehr. Sie ist die Gefangene der kapitalistischen Parteien. Das erfahren die Arbeiter wieder einmal durch diesen Vorfall.

Dasselbe Manöver der Abschwächung eigener Anträge bzw. Ausschußbeschlüsse wollte die sozialdemokratische Fraktion auch bezüglich der Grubenkontrolleure durchführen. Im Ausschußbeschluß (Drucksache 760, Nr. A 8a) hieß es, das Staatsministerium wird ersucht, „dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen über die Einführung von Grubenkontrolleuren aus den Reihen der praktisch erprobten Hauer". Zum Schluß wurde bestimmt, „daß die Besoldung der Kontrolleure durch die Bergbehörden erfolgt, unter Einziehung der Kosten von den Zechenbesitzern". Der Aenderungsantrag der Regierungsparteien (Drucks. 823, Nr. 6) ersucht das Staatsministerium, die Grubenkontrolleure lediglich im Verwaltungswege zu bestellen. Diese Grubenkontrolleure hätten also **keinerlei Selbständigkeit,** sie wären vollkommen den Anordnungen der Bergbehörde unterworfen. Die Einführung der Grubenkontrolleure durch Gesetzentwurf, wie sie der Ausschußantrag vorsah, hätte zur

Festlegung weitergehender Rechte für die Kontrolleure Gelegenheit geboten. Das wollten die Sozialdemokraten verhindern

und außerdem die Aufbringung der Besoldungskosten für die Grubenkontrolleure den Zechenbesitzern abnehmen, denn im Aenderungsantrag der Regierungsparteien fehlt die betreffende Stelle.

Diese zweite Preisgabe wichtiger Bergarbeiterinteressen konnte die SPD. allerdings nicht zu Ende bringen. Denn bei der auf Antrag der Rechtsparteien namentlichen Abstimmung enthielten sich diese der Stimme und

machten den Landtag beschlußunfähig.

Man sieht, die Bergwerkskapitalisten wissen ihre Geldbeutel- und Ausbeuterinteressen energischer zu vertreten, als die Sozialdemokraten die Interessen der Bergarbeiter.

Als nach Wiederaufnahme der Sitzung die Abstimmung der Anträge über Grubensicherheit wieder aufgenommen werden sollte, ließen die Rechtsparteien ein paar Belanglosigkeiten passieren. Bei der Abstimmung über den Antrag, betreffend die Grubenkontrolleure, jedoch machten sie das Haus zum **zweiten Male beschlußunfähig.**

In der darauf anberaumten **dritten Sitzung** des Tages gab es eine

Beamtendebatte.

Da die Regierung erklärt hatte, zwar Wohlwollen, aber kein Geld zu der geforderten Wirtschaftsbeihilfe für die Beamten zur Verfügung zu haben, begnügten sich die Parteien — von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten — mit einem Beschluß, auf die Staatsregierung einzuwirken, daß . . . . Die Beamten kennen diese Verlegenheitsmethode, schöne Worte zu machen, die aber nicht einen einzigen knurrenden Beamtenmagen zur Ruhe bringen, ja die nicht einmal zu etwas verpflichten. Nur der kommunistische Redner, Genosse Kasper, nahm sich ernsthaft der Beamtenforderungen an. Der Antrag der KPD., der eine allgemeine Erhöhung der Bezüge der unteren Gehaltsklassen sowie der Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger und der Hinterbliebenen, außerdem eine Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mk. für die Gruppen 1 bis 6 forderte, verfiel am Schlusse der Ablehnung durch alle Parteien.

Sonnabend ist die **letzte Landtagssitzung** vor den großen Ferien. Da will man es nochmals mit den Anträgen zur Bergwerksdebatte versuchen. Aber der Fall ist hoffnungslos. **Wie die Beamtenforderungen, werden auch die Fragen des Bergarbeiterschutzes vor Ferien nicht im bürgerlichen Parlament zugunsten der Werktätigen entschieden werden.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250706-11/fragment/page=0002

Eine Wendung in China?

Halle, den 6. Juli.

Vor einigen Tagen meldeten wir, daß der amerikanische Außenminister Kellog mit einem „Vermittlungsvorschlag" in die chinesische Revolutionskrise eingegriffen hat. Dieser Vorstoß des **amerikanischen Imperialismus ist ein Ereignis von allergrößter** Tragweite. Es ist natürlich nichts weiter als bloße Phrase, wenn erklärt wird, daß das amerikanische Eingreifen die friedliche Liquidierung der Ausländerherrschaft in China bezwecke. Der amerikanische Imperialismus hat selbst das allergrößte Interesse an der Beherrschung und Ausbeutung Chinas — und es weiß auch sehr genau, **daß die imperialistische Ausbeutung eines 400-Millionen-Volkes ohne stärksten äußeren Druck unmöglich ist.** Aber Amerika **hat heute kein** Interesse daran, daß dieser äußere Druck von **England** oder gar von **Japan** ausgeübt wird, daß diese Konkurrenten den Versuch machen, die Niederwerfung der chinesischen Revolution zur politischen Aufteilung Chinas zu benutzen. Denn wenn ein solcher Versuch **mißlingt**, so muß dieser Erfolg den Widerstand des chinesischen Volkes gegen jede imperialistische Ausbeutung stärken und zugleich im Weltmaßstab die Lage der Bourgeoisie gegenüber „ihrem" Proletariat verschlechtern. **Gelingt** aber der Raubzug vorübergehend, so würden England und Japan natürlich die Beute **für sich** in Anspruch nehmen — und den anlagesuchenden amerikanischen Kapital wäre der chinesische Markt verschlossen.

Unter diesen Umständen muß der amerikanische Imperialismus in China eine **Politik der „offenen Türe"** betreiben, jede endgültige Festsetzung einer anderen imperialistischen Macht unter pazifistischen Phrasen durchkreuzen, solange er sich nicht in der Lage fühlt, den offenen Kampf um die Alleinherrschaft in China aufzunehmen. Dabei **begegnen sich die Interessen des amerikanischen Imperialismus mit denen des Hauptteils der chinesischen Bourgeoisie.** Der von den zahlenmäßig nicht starken, aber politisch weitaus am weitesten vorgeschrittenen Industrieproletariern ausgehende nationale Befreiungskampf hat die breiteten Massen der Bauern und Kleinbürger, ja selbst der Intellektuellen und der Unterschichten der chinesischen Bourgeoisie mitgerissen. Aber eben **weil** sich dieser Kampf auf die Arbeiter und Bauern stützt, **weil** er außenpolitisch an die Hilfe der **Sowjetunion** und darüber hinaus der revolutionären Arbeiterschaft der ganzen Welt appellieren muß, ist er der jungen chinesischen Großbourgeoisie und ebenso den **Generalen**, die sich im Bürgerkrieg maßlos bereichert und großen Grundbesitz erworben haben, herzlich angenehm. Sie wissen sehr genau, daß dieser Befreiungskampf nur dann zum siegreichen Ende geführt werden kann, wenn das chinesische Volk ein enges Kampfbündnis mit der **einzigen** Macht eingeht, die im Weltmaßstab den Imperialisten Widerstand leisten kann — mit dem revolutionären **Proletariat.** Und sie wissen auch, daß dieses Bündnis im Innern Chinas zu einer Kräfteverschiebung zugunsten der herrschenden und ausbeutenden Klassen führen muß. Je rascher man die lästige nationale Freiheitsbewegung beenden kann, desto besser. Und teilweise stellt man sich ihr ja ganz offen entgegen und **verbündet** sich mit einer der imperialistischen Raubmächte: Die Partei Wupeifus mit **England**, die Tschangtsolins (der vor kurzem Truppen zur Niederwerfung des Schanghaier Aufstandes ausgesandt hat) mit **Japan.**

Diese Politik des offenen nationalen Verrats stößt nun natürlich auf den Widerstand der breitesten chinesischen Volksmassen, und der Druck dieser Massen war so stark, daß zeitweise selbst die offen mit den imperialistischen Räubern verbündeten Generale demonstrative Spenden für die Schanghaier Streikenden machen mußten. **Unter dem Drucke dieser allgemeinen Volksstimmung** mußte auch die Pekinger Regierung sehr weitgehende Forderungen aufstellen, nicht bloß auf Bestrafung der Schuldigen am Schanghaier Arbeitermord, sondern auch auf endgültige Beseitigung aller Privilegien der ausländischen Kapitalisten. Ja, die verschiedenen miteinander konkurrierenden Fraktionen der chinesischen Militärkamerilla suchten sich sogar durch Aufstellung möglichst radikaler Forderungen gegenseitig vor den Massen den Rang abzulaufen. Nur in diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn die Truppen des Generals Fengnuhsiang, der von Anfang an im Solde der amerikanischen Imperialisten stand, mit radikalen Aufrufen zum Krieg gegen England durch die Straßen ziehen. Man will sich auf diese Weise die innerpolitische Macht verschaffen — aber man denkt gar nicht ernstlich daran, den fremden Räubern gegenüber etwas anderes als eines der üblichen faulen Kompromisse anzustreben. **Lieber die fremden Truppen im Lande als chinesische Arbeiterwehren,** das ist ein vom bürgerlichen Standpunkt aus durchaus folgerichtiger Gedanke. Und es war so auch ganz folgerichtig, daß die **Pekinger Regierung Amerika um** seine Intervention im Konflikt mit England und Japan **ersuchte.**

Die amerikanische Regierung hat sich natürlich beeilt, diesen Wunsch zu erfüllen und allen anderen imperialistischen Räubergruppen die Einberufung einer Konferenz vorgeschlagen, auf der besprochen werden soll, in welcher Weise die allmähliche Abschaffung der ausländischen Privilegien in China möglich wäre. Dieser Vorschlag bedeutet zunächst eine offene Drohung gegen den japanischen **und noch mehr den englischen Imperialismus,** ein strikes Verbot des „großen Onkels", auf eigene Faust, ohne pazifistische Phrasen und für die eigene Tasche China auszubeuten. Es geschieht in sehr höflichen Formen. Amerika drückt seine „Bedenken" aus, ob nicht bei weiterem scharfen Vorgehen der Fremdenhaß in China verstärkt würde. Aber der Sinn ist vollkommen klar: China ist nicht nur für Euch, sondern auch — und vor allem — für mich da, und wenn Ihr den Bissen allein verspeisen wollt, noch dazu auf einen Hoppen, so könnt Ihr Eure blauen Wunder erleben. Bei den bestehenden Machtverhältnissen ist **es wieder klar,** daß eine solche „freundliche Anregung" aufmerksames Gehör findet. Es scheint tatsächlich, daß die von der chinesischen Regierung verlangte und von Amerika vorgeschlagene Konferenz aller beteiligten Imperialisten zur Tatsache wird. Vorläufig sucht freilich **England** seine Position noch mit aller Macht zu halten und erklärt, daß erst „nach völliger Wiederherstellung der Ruhe", also nach völliger Unterwerfung Chinas durch **englische** Truppen, von Verhandlungen die Rede sein könne.

Die Taktik Amerikas, das offenbar bereits Japan in sein Schlepptau genommen hat, gegenüber der chinesischen Freiheitsbewegung ist klar: Äußerlich Entgegenkommen, um entschiedenen Auseinandersetzungen vorzubeugen und gleichzeitig einen Keil zwischen China und die Sowjetunion zu treiben. **Praktisch** Begrenzung dieses „Entgegenkommens" in einen solchen Rahmen, daß **an der tatsächlichen Herrschaft der fremden Räuber in China nichts geändert** (und nur eine **Monopolisierung** dieser Herrschaft durch **England verhindert) wird.** Darum soll der Uebergang nur „allmählich" erfolgen und die Hauptbedingung Amerikas für die Aufgabe der Ausländerprivilegien ist die **„Bildung einer festen, vom ganzen Lande anerkannten Zentralregierung, die zum Schutze der Fremden imstande sei"** — also vor allem die Beseitigung der revolutionären südchinesischen Regierung in Kanton. Zur Erreichung dieses Zieles, d. h. zur Bildung einer „stabilen" Lakaienregierung, die tatsächlich das ganze Land beherrscht, **sei die Anwesenheit fremder Truppen nützlich.**

Man sieht: das taktische Manöver des amerikanischen Imperialismus stellt die chinesische Freiheitsbewegung vor die schwierigsten Aufgaben. Die chinesische Bourgeoisie wird natürlich mit Begeisterung dem amerikanischen Vorschlag der „friedlichen Herstellung der nationalen Unabhängigkeit" unter gleichzeitiger Niederwerfung der Arbeiter und Bauern zustimmen und eine scharf gegnerische Stellung **zur Sowjetunion** und zur **Kuomintang-Partei** einnehmen, die diese friedliche „Befreiung" — oder besser gesagt Unterwerfung — erschweren. Andererseits werden die breiten Volksmassen einsehen, daß die „nationale Unabhängigkeit" unter der Herrschaft von Lakaien der einheimischen und fremden Ausbeuter keinen Wert hat, daß sie nur erkämpft werden kann, indem die chinesischen Arbeiter und Bauern **beide** zum Teufel jagen. Sicherlich wird, so wie **einst im Namen Wilsons die deutsche,** so nun im Namen **Kellogs** und des amerikanischen „Befreiungsvorschlags" die **chinesische Gegenrevolution** ihr Haupt erheben. **Es hängt** wesentlich von den europäischen Arbeitermassen ab, durch **aktive Unterstützung** das Kraftbewußtsein der werktätigen Massen Chinas zu steigern und ihnen so zu helfen, **Seite an Seite mit dem revolutionären Weltproletariat** ihren **eigenen** Weg zur nationalen Einheit und Unabhängigkeit zu gehen.

Der siegreiche Freiheitskampf des Rifvolks

Neue französische Niederlagen

Paris, 2. Juli. Der offizielle Bericht meldet neue marokkanische Angriffe gegen die französischen Militärposten. „Im allgemeinen haben wir unsere Stellungen behauptet," sagt der Bericht, fährt aber dann gleich fort, „an anderen Stellen der Front hat der feindliche **Druck eine starke Schwenkung in den bisher treuen Stämmen** hervorgerufen."

Abd el Krim hat den spanischen Unterhändlern ein

neues Friedensangebot

gemacht, wobei er keine anderen Bedingungen stellt, als **Unabhängigkeit des Rifvolks in den gegenwärtig von den Aufständischen beherrschten Gebieten.** Im französischen Senat soll es heute zu einer

Debatte über die Frage von Friedensverhandlungen

mit den Rifkabylen kommen. Der Senator **Bluysen** (Linksrepublikaner) befragte Painlevé, ob er zu Friedensverhandlungen bereit sei, betonte aber gleichzeitig, daß dabei die „angestammten Herrscherrechte" des Sultans von Marokko (der französischen Strohpuppe) nicht angetastet werden dürften (ein schöner Republikaner!). Darauf hielt der Nationalist **Cheron** eine wüste Hetzrede **gegen die „infame" und „abscheuliche" kommunistische Propaganda für die Verständigung mit dem Rifvolk.**

Wie ernst heute tatsächlich die Lage der französischen Imperialisten ist, geht aus einer Meldung des „Times" hervor, wonach die Umzingelung von Uezzan immer enger wird. Auf der direkten Straße nach Fez dringt der Feind vor, auf verschiedenen Punkten habe er die Straße von Fez nach Taza (die Hauptverbindungslinie der Franzosen) überschritten.

Vor der Katastrophe!

Paris, 6. Juli.

Nach einem Heeresbericht aus Fez **verstärkt sich der Druck der Riftruppen auf den östlichen Teil der französischen Front.** Abd el Kerims Taktik geht wohl dahin, sich der Eisenbahn Fez—Taza—Oujda zu bemächtigen und damit den **Franzosen die Verbindung nach Algier abzuschneiden.** Dabei rechnet er auf die Hilfe der abgefallenen Stämme des mittleren Atlas, vor allem der südlich der Bahnlinie ansässigen Stämme der Tsouls und der Branas.

Der **amtliche Heeresbericht** meldet: Die Lage auf dem rechten Flügel der französischen Front **ist sehr ernst. Der feindliche Druck verstärkt sich.**

Paris, 6. Juli.

Nach einer Meldung des „**Journal des Débats**" aus Fez beginnt die militärische Lage in der Gegend von Fez ziemlich schlecht zu werden. Die treugebliebenen Stämme lassen Zeichen von **Ermüdung** erkennen. Im Gebirge der Branas ist der Feind in die **französischen** Linien eingebrochen. Der Bericht schließt, die Lage werde **immer ernster** und die Bedrohung von Fez sei alles **andere als eine Fabel.** (!)

Abfall der franzosenfreundlichen Stämme

(TU.) **Paris,** 6 Juli

Die Nachrichten aus Marokko lauten außerordentlich ungünstig. Nach einem Bericht der Radioagentur sind

weitere Stämme, die bisher noch auf seiten der Franzosen standen, zu Abd el Kerim übergetreten.

Die noch treuen Eingeborenen zeigen eine große Müdigkeit und Unentschlossenheit. Das französische Oberkommando wird von den Eingeborenen verdächtigt, sein Versprechen nicht gehalten zu haben, daß die von Abd el Kerim besetzten Gebietsteile rechtzeitig zurückerobert würden, damit die Erntearbeiten noch beendet werden können. Statt des eingesetzten Vormarsches seien die französischen Truppen immer weiter zurückgegangen. Die mohamedanischen Führer erklärten ganz offen, daß sie für die weitere Franzosenfreundlichkeit der Stämme keine Verantwortung übernehmen könnten.

Die Arbeiter und Bauern Frankreichs gegen den Krieg

(TU.) **Paris,** 6. Juli.

Der kommunistische Arbeiter- und Bauernkongreß in Paris ist nach zweitägiger Beratung zu Ende gegangen. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, nach der die

gesamte Arbeiterschaft Frankreichs in den nächsten Tagen aufgefordert werden soll, wegen des Marokkokrieges den Generalstreik aufzunehmen.

Ein Exekutivausschuß von 150 Mitgliedern soll mit der Vorbereitung dieser Maßnahme beauftragt werden. Außerdem ist die Entsendung einer Untersuchungskommission nach dem Kriegsschauplatz beschlossen worden. Heute wird sich deshalb eine Abordnung zu Painlevé begeben.

Protest französischer Künstler gegen den Marokkokrieg

TU. **Berlin,** 5. Juli.

Die Pariser „Humanité" veröffentlicht der „Vossischen Zeitung" zufolge einen **von hervorragenden Schriftstellern und Künstlern Frankreichs** unterzeichneten Aufruf **gegen den Marokkokrieg,** in dem von der französischen Regierung **sofortiger Abschluß eines Waffenstillstandes** mit Abd el Kerim gefordert wird. Unterzeichnet ist der Aufruf bereits von **Henri Barbusse, Michel Corday, G. Duhamel,** Victor Marguerite, George Pioch, Benjamin Perret, P. Signac und anderen bekannten französischen Namen.

Die revolutionäre Situation in England

(Eig. Drahtm.) **London,** 6. Juli.

Swales, der Vorsitzende des englischen Gewerkschaftsrates, betonte in einer Rede über die Arbeitslosigkeit, wenn nicht bald etwas geschehe, um der Arbeiterschaft zu helfen, so werde England im kommenden Winter ein Volksaufstand erleben. Die Gewerkschaften würden sich für diesen Fall bereithalten. Er wundere sich, daß die Arbeiterschaft die Dinge noch verhältnismäßig ruhig hinnehme.

Protestnote Tschitscherins an Polen

(Eig. Drahtm.) **Moskau,** 6. Juli.

Tschitscherin richtete an den polnischen Gesandten **eine Protestnote gegen die Grenzüberfälle von polnischen auf sowjetrussisches Gebiet** am 28. Juni und 1. Juli. Er forderte sofortige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Grenzsicherheit und die Bildung einer gemischten paritätischen Kommission zur Unterdrückung von Zwischenfällen. Gleichzeitig behält er sich das Recht vor, Schadenersatzansprüche zu stellen.

Wieder sechs Todesurteile in Bulgarien

Sofia, 6. Juli.

Der Kassationshof hat die Urteile gegen die Mitangeklagten im Hochverratsprozeß wie folgt bestätigt: Von den neun Angeklagten werden der Pionieroberst Miltanoff, Major Milanoff, Hauptmann Krotneff, Frau Angelofia, Kozeff und Petroff zum Tode verurteilt. Die letzten vier sind entkommen. Tentscheff wurde zu acht Jahren Gefängnis, Leltscheff zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Grudoff wurde freigesprochen.

Der Reichstag gegen die Kriegsbeschädigten und für die kapitalistischen Steuerhinterzieher

Sitzung vom 3. Juli

Nach Erledigung einer Anzahl von kleineren Vorlagen stand die

Beratung von Abänderungen des Reichsversorgungsgesetzes

zur Debatte. Auf den Druck der Kriegsbeschädigten hin bringt die Regierung endlich diese Abänderungen ein — aber **alle Wünsche der Kriegsbeschädigtenorganisationen sind in dem Entwurf übergangen worden.**

Genosse **Weber,** Düsseldorf, stellt eingangs seiner Ausführungen fest, daß die Reichsregierung unter dem Vorwand Verzögerungen zu vermeiden, den **kommunistischen Antrag auf Kenntnahme der Vertreter der Kriegsbeschädigtenorganisationen abgelehnt hat. Wir** wenden uns gegen den Versuch, in vertraulichen Beratungen, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, die Kriegsbeschädigten vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die **Deutschnationalen** haben hier den Antrag gestellt, die Ausgaben für die Renten um eine Milliarde zu erhöhen, und die **Deutsche Volkspartei** beantragte eine Erhöhung von etwa 500 Millionen.

Jetzt lassen diese Herren die zu demagogischen Zwecken gestellten Anträge fallen und erklären sich für die Vorschläge der Regierung Anträge fallen und erklären sich für die Vorschläge der Regierung, die ursprünglich ganze 56 Millionen mehr für die Rente einsetzen wollte.

Der von der Regierung vorgelegte Entwurf berücksichtigt die Forderungen der Kriegsopfer in keiner Weise. Zwar tritt eine Erhöhung der Grundrente um kaum 10 Prozent ein, aber dafür kommt die Schwerbeschädigtenzulage zum Teil zum Abbau. Die Forderungen der Organisationen, die Abgefundenen 10-, 20- und 25-Prozentigen wieder in den Genuß der Rente kommen zu lassen, ist abgelehnt worden. **Die Frauenzulage wird nur von 50prozentiger Invalidität aufwärts gewährt.** Die Forderung auf allgemeine Gewährung der **Frauenzulage** und außerdem auf Einführung von Elternbeihilfen ist **nicht berücksichtigt worden.** Sogar die Forderung des Ausschusses, das den Abgefundenen für die Zeit von ihrer Abfindung bis heute, eine Entschädigung von 100 Mark gezahlt werden soll, ist im Entwurf der Regierung **nicht** aufgenommen worden.

Die vorgeschlagenen Verbesserungen sind gänzlich **unzulänglich.** Ein unverheirateter Erwerbsunfähiger erhielt bisher 111,45 Mk., jetzt nach der „Erhöhung" 115,25 Mk. (!). Ein Erwerbsunfähiger von 100 Prozent mit Frau und Kinder bekommt nach dem Entwurf 119,75 Mk. Wir Kommunisten haben 172 Mk. beantragt und niemand wird behaupten, daß dies zuviel sei. Bei allen anderen Sätzen steht die Sache ebenso. Die Organisationen verlangen z. B. bei 30prozentiger Erwerbsfähigkeit 180 Mk., die Regierung sieht 81 Mk. vor.

Aus den Darstellungen der Regierungsvertreter geht hervor, daß durch die Abfindung von Kriegsbeschädigten, die von der Regierung mit drakonischer Schärfe durchgeführt wurde, allein an laufenden Ausgaben 400 Millionen gespart werden. (Unerhört bei den Kommunisten.)

Als man sich im Ausschuß über die Frage der Wiederaufnahme der 10- und 20-Prozentigen unterhielt, erklärte der Demokrat Ziegler, sie hätten ihre Anträge „im Interesse der Kriegsbeschädigten" gestellt, **als sie in der Opposition waren.** Heute, wo sie die Verantwortung (für die Politik der schwarzweißroten Regierung) mit zu tragen hätten, sei **an eine Durchführung nicht zu denken (!).**

Die Reichsregierung will jetzt **200 Millionen Mark** für die Erhöhung bewilligen. Aber sie kündigt bereits an, daß diese Summe **nicht** erhöht werden könne

und wegen der Zahlung der Reparationslasten im Jahre 1926 wahrscheinlich noch abgebaut werden müsse.

Daraufhin traten die bürgerlichen Parteien, die eine Milliarde bzw. 500 Millionen gefordert hatten, von ihren **Agitationsanträgen zurück. Die Regierungsparteien haben die Mehrheit, wenn sie wirklich,** wie sie angeben, die Interessen der Kriegsbeschädigten **vertreten wollen, dann nehmen sie ihre eigenen Anträge an. Tun sie das nicht,** dann werden die Kriegsbeschädigten mit ihrer **Demagogie abrechnen!**

Gegen die Nationalen Steuerdrückeberger und ihre Regierung.

Bei der

Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums

sprach für die Kommunisten Genosse **Höllein. Die Steuerpolitik** dieser Regierung läuft ganz bewußt darauf hinaus, **die Belastung der werktätigen Massen bei gleichzeitiger Schonung der Besitzenden ins Unermeßliche zu steigern.** Es wird sich bei den Ergebnissen der Lohnsteuer für den Monat Juni ergeben, daß sich das **Verhältnis der Lohnsteuer zu der veranlagten Einkommensteuer nur immer weiter verschlimmert hat.** Jedenfalls sträubt sich die Reichsregierung mit Händen und Füßen gegen den Abbau der Umsatzsteuer, die die Lebenshaltung der breiten Massen so unerhört belastet. Jetzt soll der Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer um 10 Prozent erhöht werden, **um die Gemeinden zu Widerstand gegen den Abbau der Steuer zu veranlassen.**

Dagegen können wir bei allen für die besitzenden Kreise bestimmten Steuern einen allgemeinen

Steuerabbau

feststellen. **Das trifft für die Körperschaftssteuer wie für die Kapitalertragssteuer zu, die jetzt vollkommen beseitigt sind. Die Erbschaftssteuer hat ganze 26 Millionen Mark gebracht**

also 43 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung,

während allein aus der Bier- und Tabaksteuer mehrere Mark auf den Kopf der Bevölkerung entfallen.

Herr **von Schlieben** hat auch erklärt, daß er die **Hebung der Steuermoral** als eine Hauptsorge ansehe. **Aber es ist durch amtliche Buchführer festgestellt worden,** daß ein Steuerzahler — sicherlich einer von der Deutschnationalen Partei — sein Vermögen mit 224 000 Mark angegeben hat, während er in Wirklichkeit **3 134 000 Mark besaß. Aber das trifft auf alle deutschen Patrioten zu. Die** Regierung gibt selbst zu, daß die **wenigen Steuerbuchführer im** Jahre 1924

Hinterziehung im Betrage von 94 Millionen Mark

festgestellt haben, obwohl nur ein kleiner Teil der Steuererklärung nachgeprüft werde.

Aber diese Regierung will gar keinen ernsten Kampf gegen die Steuerhinterziehung führen: **sie hat nicht nur unseren Antrag auf Offenlegung der Steuerlisten abgelehnt, sondern will auch im** Reichshaushalt die für Bezahlung der Steuerprüfung ausgeworfene **Summe vermindern. (Beifall bei den Kommunisten.)**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250706-11/fragment/page=0003

Das Ergebnis des Eisenbahnerverbandstages

W. K. Um es gleich voraus zu sagen: die Vereinigungstagung der Eisenbahner hat eine Stärkung der Position der Bureaukratie, eine Festigung des reformistischen Einflusses gebracht. Das ist um so bedenklicher, als sich diese Festigung bei unglaublich niedrigem politischem Tiefstand und völliger gewerkschaftlicher Passivität vollzog.

Obwohl die Tagesordnung eine Reihe bedeutsamer politischer Fragen enthielt, wurde jede politische Stellungnahme auf das Aengstlichste vermieden. Von der schamlosen Ausbeuteroffensive der Zoll- und Steuerwucherer, die jeden gewerkschaftlichen Erfolg wieder illusorisch macht, von der angeblichen Massenaktion der freien Gewerkschaften gegen diesen Steuer- und Zollwucher spürte man kaum einen Hauch. Vom Kampfe gegen die monarchistisch-reaktionäre Luther-Regierung, dem Werkzeug der schwerindustriellen Scharfmacher, war in den Referaten überhaupt nicht die Rede. Gegenüber den Parlamenten beschränkte man sich auf einige bescheidenste Paragraphenwünsche, die sich gegen einige neue soziale Entrechtungen wendeten. Gegenüber dem Dawes-Plan der internationalen Räuber blieb es bei einer schwächlichen Entschließung, die nur darüber klagt, daß die Reichsbahn-A.-G. mehr Lasten tragen müsse als andere Unternehmungen.

Dieses völlige Sichabfinden mit der Reaktion, der Verzicht sogar auch auf den gewerkschaftlichen Massenkampf wurde besiegelt durch die Beschlüsse, daß der Verband sich auf den Boden der Republik stellt, daß aus dem Statut das Bekenntnis zum Klassenkampf und zum Sozialismus gestrichen wird und daß durch Scheffels neue Taktik sich der Verband ausdrücklich dem Schlichtungsverfahren der Luther-Regierung unterwirft.

Mit der Einschränkung der Mitgliederrechte und der Ablehnung der Wiederaufnahme des FEV. in den DEV. feierte auf dieser Tagung engstirnig-reformistischer Bureaukratengeist seine schönsten Triumphe. Sein Spiel war diesmal noch erleichtert durch die Ausrede, daß den durch die Verschmelzung mit der Reichsgewerkschaft dem Verband zuströmenden Beamten gewisse Konzessionen gemacht werden müßten.

Die neue, starke Rechtsschwenkung des Eisenbahnerverbandes ist um so schlimmer, als sie keineswegs der in den Anträgen der Mitgliedschaften wie in den Reden der Delegierten aus den Betrieben deutlich zu erkennenden Stimmung entspricht. Nicht nur am Vorstand, sondern insbesondere auch am ADGB. wurde durch SPD.-Arbeiter lebhafte, zum Teil sehr starke Kritik geübt. Die oppositionelle Stimmung gegen den ADGB. war direkt das hervortretendste Merkmal der Diskussion. Aber der Vorstand konnte es sich diesmal leisten, dieser Art Opposition auf Grund von Mißstimmungen in den Mitgliedschaften einfach freien Lauf zu lassen. Er kannte seine SPD.-Delegierten, wußte, daß er sie durch die Bezirksleiter am Ende doch in der Hand hat und daß diese Stimmungsopposition nicht organisiert war.

Die kommunistische Opposition mit sieben von 110 Delegierten, zahlenmäßig sehr gering, versuchte bei ihren Vorstößen in der Streikfrage, dem Klassenkampfbekenntnis und der Wahrung der Mitgliederrechte sowie bei einigen allgemeineren politischen Fragen die lose SPD.-Opposition teilweise mitzuschleppen und zu einer festeren Haltung zu bewegen. Aber nur in drei Ausnahmefällen: Amnestie, Wiederaufnahme der freien Eisenbahner und Sympathie-Resolution für China, gelang es, Unterschriften bis zur notwendigen Unterstützungszahl zu bekommen. Bis zur Abstimmung waren jedoch fast in jedem Falle die unterschreibenden SPD.-Leute schon wieder dem Drucke ihrer Bureaukraten unterlegen. So war eine genügend starke, ernsthafte Opposition im Sinne des Klassenkampfes in keiner einzigen Frage zustande zu bringen.

Diese Schwäche kann nur durch die intensivste Arbeit im Verband und durch vorbehaltloses Eintreten für die Gewerkschaftseinheit überwunden werden. Dem Einheitsverband der Eisenbahner, der jetzt etwa 240 000 Eisenbahnarbeiter und -beamte umfassen soll, fehlt es am revolutionären Kern, um den sich die stimmungsgemäß in den Mitgliedschaften vorhandene Opposition sammeln kann. In bewußter Uebereinstimmung mit den Wünschen der Reichsbahnverwaltung haben Scheffel und Kaulfuß abgelehnt, den auf revolutionärer Grundlage stehenden FEV. in die neue Verschmelzung einzubeziehen. Sie wollen, ebenso wie die Verwaltung, die möglichst dauernde Abtrennung des revolutionären Vortrupps der Eisenbahner von den organisierten Massen. Sie wissen ebenso wie die Verwaltung, daß ohne Verbindung mit den organisierten Massen dieser Vortrupp als selbständige Organisation ihnen zwar zeitweilig unbequem, aber doch nie ernsthaft gefährlich werden kann. Gegen den Willen der die Spaltung bewußt aufrecht erhaltenden, im Sinne der Reichsbahnverwaltung handelnden Scheffel und Kaulfuß muß deshalb jetzt beschleunigt die Stärkung und der Zusammenschluß des revolutionären Kerns im Einheitsverband der Eisenbahner durchgeführt werden.

Erst auf dem Boden der Gewerkschaftseinheit werden wir wieder stark genug sein, oppositionelle Massenstimmungen nicht mehr durch einzelne SPD.-Delegierte verzetteln zu lassen, sondern sie aufzufangen, um sie zusammengefaßt zu einem wirksamen Vorstoß auszunutzen. Nur auf dem Boden der Gewerkschaftseinheit werden wir die Eisenbahner zum Widerstand gegen die Unternehmeroffensive, gegen das internationale Ausbeuterkapital bringen, werden wir sie im Kampfe gegen Steuer- und Zollwucher, gegen die monarchistische Luther-Regierung und zu wirklichen Massenkämpfen für die Verbesserung der Lebenslage der deutschen Eisenbahner in Bewegung setzen.

Die Eisenbahner sind eine der ausschlaggebendsten Industriegruppen. Die Gewerkschaftseinheit der Eisenbahner ist also für die politische Machtentwicklung in Deutschland von außerordentlicher Bedeutung. Der Tiefstand des jetzigen Verbandstages macht es deshalb zur gebieterischen Notwendigkeit, auf schleunigstem Wege mit allen zweckdienlichen Mitteln, trotz Scheffel, Kaulfuß und Reichsbahnverwaltung, den revolutionären Vortrupp wieder in die freigewerkschaftlich organisierten Mitgliedermassen einzugliedern.

Der Kartellvertrag der Eisenbahenr mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und dem Verkehrsbund, ebenso wie die Verschmelzung mit der bisherigen Reichsgewerkschaft der Beamten werden nur dann, über vermehrtes Gewicht bei Verhandlungen hinaus, zu einer wirklichen Stärkung der Kampfkraft führen, **wenn durch den Hinzutritt der FEV.-Mitgliedschaften die Kampfentschlossenheit gesteigert wird und wenn der Einheitsverband der Eisenbahner durch die Eingliederung der FEV.-Mitgliedschaft erst zu der wirklichen Einheitsorganisation der Eisenbahnarbeiter und -beamten geworden ist.**

Schon jetzt, unmittelbar nach dem Verbandstag, steht eine neue Kampffrage zur Entscheidung. Die Bureaukratie hat sich auf dem Verbandstag um die Frage der Kündigung der Lohn- und Arbeitszeitparagraphen des Tarifvertrages, die erstmalig am 30. Juni ausgesprochen werden kann, planmäßig herumgedrückt. Teuerung, Steuern und Zollwucher zwingen ebenso wie Abbau, erschreckende Steigerung der Unfallziffern und der großen Eisenbahnunglücksfälle dazu, die Forderung der Lohnerhöhung und des Achtstundentages wieder ganz aktuell in den Vordergrund zu stellen. Einem Bureaukratengrüppchen, dem Verbandsvorstand, wurde die Entscheidung über diese Tarifkündigung überlassen. Dieser Vorstand hat aber deutlich erklärt, daß er keinen Kampf will und einen wilden Teilstreck, wie im März, nicht wieder sanktionieren werde. Es wird deshalb des allerstärksten Druckes aus den Mitgliedschaften heraus bedürfen, um nicht nur zur Kündigeung der unmöglicheen Lohnsätze und Ueberstunden zu kommen, sondern darüber hinaus zu einer ernsten Kampfansage der Massen der organisierten Eisenbahner gegen die Dienstdauervorschriften und das Gedingewesen, sowie für die endliche Rückeroberung des Achtstundentages. Im Laufe der aufrüttelnden Agitation für diesen Kampf muß sich die Eingliederung der FEV.-Mitgliedschaften in den Einheitsverband der deutschen Eisenbahner und damit die Herstellung der wirklichen Gewerkschaftseinheit in der wichtigsten Industriegruppe Deutschlands vollziehen.

Streik in der Leipziger Metallindustrie

Die Funktionäre der Metallindustrie nahmen am Donnerstagabend zu dem Verhandlungsergebnis zwischen den beiderseitigen Organisationen Stellung. Die Funktionäre beschlossen nach dem Bericht in geheimer Abstimmung **mit 722 gegen 60 Stimmen den Streik.** Eine Urabstimmung, die am Dienstag in den Betrieben vorgenommen worden war, ergab die statutarische Mehrheit für den Streik; somit ist **heute morgen** in den Betrieben der **Metallindustrie** der Streik ausgebrochen.

Die Baustellen des Böhlener Staatswerks im Streik

Trotz der Bemühungen des Baugewerksbundes, die Belegschaft des Böhlener Werkes vom Streik fernzuhalten, hat die geheime Abstimmung **mit überwältigender Mehrheit den Streik** beschlossen. Auch die Kollegen, die kurz vor dem Kampf aus Oberschlesien hierher transportiert wurden, haben die Arbeit eingestellt und reisen ab.

15 000 Metallarbeiter ausgesperrt

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf,** 4. Juli.

Das Lohn- und Arbeitszeitabkommen der Barmer Metallindustrie ist am 3. Juli abgelaufen. Die Mitgliederversammlung des DMV. Barmen beschloß, daß die Belegschaft **nach achtstündiger Arbeitszeit die Betriebe verlasse.** Das geschah auch. Daraufhin haben die Unternehmer 15 000 Metallarbeiter ausgesperrt. Die Arbeiter verlangen, daß die Gewerkschaften den allgemeinen Metallarbeiterstreik für Barmen proklamieren, da der DMV. der Nordwestgruppe die Ablehnung des schändlichen Mehlich-Spruches ausspricht und auch der Streik für die Nordostgruppe proklamiert wird. In Rheinland-Westfalen stehen derzeit auch die Metallarbeiter Hagens, des linken Rheines und Köln-Aachens im Kampf.

Noch immer Holzarbeiter im Kampf

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf,** 4. Juli.

Die Holzarbeiter in der Metallindustrie Kölns haben den Schiedsspruch abgelehnt und dazu erklärt, nicht einmal von einer Erörterung des Schiedsspruches könne die Rede sein, geschweige denn von einer Annahme. **Der Kampf geht bei bester Kampfstimmung verschärft weiter.**

Internationale Pressekorrespondenz

Wochenausgabe Nr. 26 der „Internationalen Presse-Korrespondenz" vom 27. Juni ist soeben erschienen und enthält reiches aktuelles Material.

Den nach wie vor im Vordergrunde stehenden Ereignissen in Marokko und China sind zahlreiche Beiträge, unter anderem von Sinowjew, Vaillant-Courturier, Marty, Raskolnikow, Tang Shin She, Brown, Semard usw., sowie zahlreiche Berichte und Dokumente gewidmet.

Das fortdauernde Wüten der Reaktion auf dem Balkan, insbesondere in Bulgarien, und die schmähliche Haltung der Zankoff-Internationale beleuchten Artikel von Dimitrow, Kolarow, Paul, Robert usw. Außerdem werden Aufrufe des EKKJ. und des Balkanbureaus der IRH., der Intellektuellen der Tschechoslowakei gegen den Terror in Bulgarien, Bessarabien usw. veröffentlicht.

Aktuelle politische Fragen behandeln unter anderem A. Jacquemotte („Die politische Krise in Belgien") und Pelusa („Die politische Entwicklung in Italien").

Genosse Manuilski steuert einen ausführlichen, für die Komintern bedeutsamen Artikel bei: „Das tschechische Beispiel — eine Lehre für die ganze Komintern."

Dazu kommen noch zahlreiche Beiträge von Schwarz, Brechenmacher, Hertha Sturm, Wolfe und anderen zu wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung, Bauernbewegung, Frauenbewegung, Genossenschaftsbewegung sowie der Internationale usw., schließlich Arbeiterkorrespondenzen und Buchbesprechungen.

Dieser Wochenausgabe liegt noch die Sondernummer: Nr. 99 bei, enthaltend den ausführlichen Tagungsbericht über die Agitprop-Konferenzen bei der Tagung des Erweiterten EKKJ.

Der monatliche Abonnmentspreis für folgende Länder beträgt: Oesterreich 2,00 S. (ö. Kr. 20 000), Deutschland 1,50 Mk., Tschechoslowakei 12 Kr., Schweiz 2 Frank. Der Abonnementspreis ist im voraus zu entrichten.

Die „Internationale Presse-Korrespondenz" ist zu beziehen durch den Zentralversand, Wien, IX, Berggasse 31.

Versammlungen der KPD

Die Sitzung der BL. findet diesmal ausnahmsweise Dienstag, den 7. Juli, abends pünktlich 6½ Uhr, im Sitzungszimmer der Bezirksleitung statt. Wir erwarten, daß alles pünktlich erscheint.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Stadtverordnetenfraktion am Montag, dem 6. Juli, abends 6 Uhr, an der bekannten Stelle, Fraktionssitzung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Große Funktionärsitzung Dienstag, 7. Juli, 8 Uhr, „Roter Löwe".

Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

N. Lenin: **Die Kinderkrankheit des „Radikalismus" im Kommunismus mit Einleitung und Erläuterung versehen von Maslow** .... brosch. 1,00
— **Ausgewählte Werke,** Sammelband brosch. 6,00 geb. 8,00
Rußland, Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation 2,70
Die Internationale, Nr. 6 0,50
Ueber die Bolschewisierung der Parteien der K.J., 2. Erg.-Heft zur Internationale 0,30
Warum Arbeiterdelegation? .... brosch. 0,10
Die deutschen Gewerkschaften und der Kampf um die Einheit von Heckert 0,30
Brupbacher: **Kindersegen, Fruchtverhütung, Fruchtabtreibung** 0,50
Kilian: **Warum die Kirschbäume in Mansfeld im Herbst blutrote Blätter haben.** Bilder aus der Geschichte des Mansfelder Landes 0,50

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Gauvorstand und Ortsvorstand Halle. Dienstag, 7. Juli, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt, kombinierte Sitzung.
Abteilung 5. Montag, 6. Juli, abends 8 Uhr, Abteilungsversammlung bei Teichmann, Glauchaer Straße. Erscheinen ist Pflicht.
Sprechchor. Donnerstag, 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Probe. Kein Kamerad darf fehlen.

Jungsturm

Werbebezirk 4 (Nord). Mittwoch, 8. Juli, 8 Uhr, im „Volkspark", Funktionärsitzung.

Unterbezirk Saalkreis

Werbebezirk Seeben. Mittwoch, 8. Juli, Werbebezirksversammlung in Sennewitz. Jede Ortsgruppe muß erscheinen.
Könnern. Dienstag, 9. Juli, 8 Uhr, „Bürgergarten", Pflichtversammlung. Alles erscheinen, da Vorstandswahl.

Unterbezirk Merseburg

Frankleben. Mittwoch, 8. Juli, abends 8 Uhr, findet in Runstedt, Gasthof Wolf, unsere Mitgliederversammlung statt.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 8. Juli, 8 Uhr, „Herberge": Antreten zum Pflichtausmarsch.

Thalia-Theater
Montag 8 Uhr
„Liebe"
Ende 10½ Uhr
Dienstag 8 Uhr
Frau ohne Kuß
Ende 10½ Uhr
Mittwoch 8 Uhr
Wer weint um Juckenack?
Ende 10½ Uhr

Junger Kellner und **1 Klavierspieler**
ständig f. Sonntags gesucht 2109
Max Weber, Flugplatz-Kasino

Weißenfels 1077
Am Saalestrand
Morgen
Schlachtefest
Emil Illig.

★ **Inseratenannahme** ★
für die Mansfelder Lande
für
„Klassenkampf"
Eisleben, Rathausstr. 7
Alle Neubestellungen und Beschwerden über unregelmäßige Zustellung sind dorthin zu richten

Zurück! 1048
Dr. Grzibek, Wittenberg

Alle Schuhwaren
preiswert und gut
kaufen Sie im
Schuhwarenhaus
C. Bachmann, Halle 240
Mittelwache Nr. 6

Achtung! Achtung!
Auf vielseitigen Wunsch veranstalte ich von **Montag, dem 6. Juli bis Donnerstag, den 9. Juli anläßlich des Jahrmarktes**
4 große Lumpentage,
wobei die besten Tagespreise und extra für die Kinder eine Ueberraschung verabreicht wird. Also auf nach der **Beuditzstr. 16–18.** Bestellungen werden auf Wunsch mit eigenem Geschirr abgeholt
Wilh. Koch vormals Ronneberger
Weißenfels
Beuditzstraße 16–18 Telephon 66
Beste Absatzquelle für Rohprodukte, Alteisen usw. usw. 1050

Jede Drucksache
die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es
ist
das Prinzip der Firma, schnellstens geschmackvoll und preiswert zu bedienen. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß
immer noch
der Geschäftswelt wie den Vereinen die Veranstaltungen arrangieren, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer
das beste
Werbungsmittel

Zigarrenfabrik
Emil Strahl
Halle a. S., Breitestr. 30
Kisten-Abgabe zu staunend billigen Preisen
Besichtigen Sie bitte mein Schaufenster
249

Bezirks-Konsumverein Weißenfels-Naumburg
Gemäß § 30 der Sparordnung beschloß die gemeinschaftliche Sitzung vom Vorstand und Aufsichtsrat die Neufestlegung der
Spareinlagenzinsen
wie folgt: 1049
8% bei täglicher Verfügung
9% bei monatlicher Kündigung
10% bei vierteljährlicher Kündigung
ab 1. August 1925
Der Vorstand

Jagdverpachtung
Die Jagdverpachtung des gemeinschaftlichen **Jagdbezirkes Stedten** von etwa 275 ha (1100 Morgen) Grundfläche, wird am *2112
18. Juli 1925, nachm. 5 Uhr, im **Gasthof „Zum Hirsch"** hierselbst öffentlich meistbietend verpachtet
Stedten, den 1. Juli 1925
Der Jagdvorsteher
Bollenz, Gemeindevorsteher

Zeitungsträger
für **Zappendorf** gesucht. Schriftliche Meldungen „Klassenkampf", Halle

Eine Delikatesse
2115 sind unsere
Matjesheringe
weißfleischig, fetttriefend, Stück nur 15, 20, 25, 30, 35 **10** ₰
Täglich frische Seefische
in strammer Eispackung:
Seelachs o. Kopf Pfd. **25** ₰
Kabeljau o. Kopf Pfd. **30** ₰
Schellfisch o. Kopf Pfd. **40** ₰
Karbonaden, Bratschollen, Knurrhahn, Austernfisch
Nordsee Deutschlands größt. Fischhandel **Gr. Ulrichstr. 58** Tel. 1274, 1275, 2705

Am 4. Juli verschied nach jahrelangem, geduldig ertragenem Leiden infolge schwerer Kriegsdienst-Beschädigung im 41. Lebensjahre mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegersohn, Bruder und Schwager 2111
Max Bürger
Im Namen der Hinterbliebenen:
Margarete Bürger, geb. Henze
Einäscherung wird noch bekanntgegeben

Arbeit.-Samariter-Kolonne, Halle
Am Sonnabend, dem 4. Juli 1925 verschied plötzlich unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer der Kolonne Halle a. d. S.
Max Bürger
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
2110 **Der Vorstand**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250706-11/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Zum Verbandstag der Fabrikarbeiter in Leipzig

Nach genau drei Jahren tritt jetzt in Leipzig wieder ein Verbandstag der Fabrikarbeiter zusammen. Der FAV. steht seiner Mitgliederzahl nach an zweiter Stelle der freien Gewerkschaften und umfaßt einen Industriezweig, der bei einem neuen Krieg der ausschlaggebende für die Kriegführung ist. Darum verdient diese Tagung nicht nur das Interesse der organisierten Fabrikarbeiter, sondern ist auch für die breiteste Oeffentlichkeit von größter Wichtigkeit.

Als unmittelbare Aufgabe hat der Verbandstag Maßnahmen zur Abwehr der erfolgreichen Unternehmeroffensive und zur Zurückeroberung von verlorengegangenen Rechten der Arbeiter zu ergreifen, vor allem für die Wiedereroberung des Achtstundentages in der chemischen Industrie. Die Bedeutung dieser Frage ist daraus ersichtlich, daß von rund 480 000 Beschäftigten, die der Fabrikarbeiterverband im Juli 1924 bei einer Statistik erfaßt hatte, rund 219 000 mehr als 48 Stunden pro Woche arbeiteten. Es wird notwendig sein festzustellen, inwieweit daran das Verhalten der Verbandsleitung Schuld ist. In der Frage der Akkord-, Prämien- und Ueberstundenarbeit muß der Verbandstag entscheiden, wie der Kampf gegen den gegenwärtig unerträglichen Zustand zu führen ist. Denn gerade die verlängerte und verschärfte Ausbeutung ist die wesentlichste Ursache der zahlreichen Unglücksfälle und Katastrophen der letzten Zeit. Es ist die Pflicht des Verbandstages, energisch darauf zu drängen, daß den bedauernswerten Opfern der Katastrophen ausreichende Unterstützung gezahlt wird. Die deutschen Unternehmer, die für die Technische Nothilfe und sonstige Streikbrechergarden reichlich Geld haben, verlangen für das nächste Jahr, daß 125 000 Unfallrentner ohne Unterstützung bleiben sollen. Dabei haben sie im Jahre 1924 schon nur 108 Millionen Mark für die Unfallversicherung aufgebracht, während sie im Jahre 1913 den Betrag von 145 Millionen Mark aufbringen mußten.

Der Verbandstag muß in der Lohnfrage Kampfmaßnahmen beschließen, die dem Arbeiter in kurzer Zeit zumindest den Vorkriegsreallohn wiederbringen. Die Fabrikarbeiter haben heute die niedrigsten Löhne. Demgegenüber sind Akkord- und Prämienarbeit für eine freie Gewerkschaft kein Ausweg zur Erhöhung des Einkommens der Arbeiter. Diese Lohnmethoden tragen wesentlich zur Zersetzung der Arbeiterschaft bei und verhindern ein geschlossenes, einheitliches Handeln. Das gilt auch für die immer größer werdende Differenzierung in den Stundenlöhnen der verschiedenen Arbeitergruppen, wie sie in den Tarifabschlüssen des letzten Jahres erfolgte. Es muß angestrebt werden, daß die Tarifabschlüsse für alle Sektionsgebiete auf einen Tag fallen, um gegen die Unternehmer eine geschlossene Front der Arbeiter über das ganze Reich zu schaffen.

Jeder Erfolg in der Lohn- und Arbeitszeitfrage wird resultatlos sein, wenn der Verbandstag die Zoll- und Steuervorlagen außer acht läßt. Bringen doch die gesamten Zollerhöhungen nach vorsichtiger Schätzung von seiten bürgerlicher Volkswirtschaftler eine Belastung von 5¾ Millionen Mark pro Jahr. An Steuern sollen im Jahre 1925/26 rund 12,3 Milliarden Mark aufgebracht werden, so daß rund 50 Prozent des Nationaleinkommens für diese beiden Posten in Frage kommen. Das bedeutet eine weitere Verelendung breiter Arbeiter- und Angestelltenschichten und noch schamlosere Ausplünderung als bisher. Der größte Teil dieser Einnahmen wird zur Erfüllung des Dawes-Paktes dienen, so daß sich statt „Segen", wie die Sozialdemokraten meinten, nur ein fluchwürdiges Dasein aus diesem Dawes-Pakt für die deutschen Arbeiter ergibt. Der Verbandstag muß, wenn er sich an der Verelendung der Arbeiter nicht mitschuldig machen will, die Frage des Dawes-Paktes, der Zölle und Steuern in den Mittelpunkt seiner Beratungen stellen. Ebenso ist es notwendig, daß er Stellung nimmt zu der monarchistisch-reaktionären Luther-Regierung. Das gesamte wirtschaftliche und politische Gebiet muß vom Verbandstag behandelt werden, um Kampfmaßnahmen entsprechend zu beschließen.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben ist die größtmöglichste einheitliche Organisationskraft die wichtigste Voraussetzung. Deshalb muß unbedingt an die Schaffung der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit herangegangen werden. Eine Delegation des Verbandstages nach Sowjet-Rußland, die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Verbandsmitglieder und die Wiedervereinigung des Industrieverbandes der Chemie mit dem Fabrikarbeiterverband muß der sichtbare Ausdruck dieses Willens sein. Mit aller Energie muß die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter in den Betrieben gefördert werden. Ein großes Heer von Vertrauensleuten und Betriebsräten mit Erweiterung ihrer Rechte ist über die gesamten Betriebe zu organisieren. Ferner ist die Umgestaltung des Fabrikarbeiterverbandes in einen Industrieverband der Chemie und verwandten Berufe ein ausschlaggebender Faktor zur Verbreiterung der Kampfoffensive gegen die Unternehmer. Der Verbandstag hat Gelegenheit, die Vorwürfe von Dißmann, daß der Fabrikarbeiterverband eines der größten Hindernisse in der Bildung von Industrieverbänden sei, durch die Tat zurückzuweisen.

Die Tagung des Verbandstages der zweitmitgliedsten Organisation bietet gerade in Leipzig Gelegenheit, die Amnestierung der proletarischen Gefangenen mit besonderem Nachdruck zu verlangen. Gerade jetzt, wo es der famose Staatsgerichtshof erneut gewagt hat, die Helfer der Mörder an Rathenau frei laufen zu lassen. Ebenso notwendig ist es, daß der Verbandstag sich gegen die blutige Unterdrückung und Ausbeutung der chinesischen Bevölkerung durch die imperialistischen Staaten wendet. In diesem Zusammenhang ist es Pflicht des Verbandstages, sich mit der Kriegsgefahr, die hauptsächlich gegen Sowjet-Rußland gerichtet ist, zu beschäftigen. Die Arbeiterschaft muß sich klar werden, was in der chemischen Industrie in solch einem Falle getan werden soll. Mehr als im letzten Krieg wird bei einem neuen Krieg das Giftgas eine Rolle spielen und die Bevölkerung des Hinterlandes schwer treffen. Der Verbandstag hat diese Frage noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Es wäre mehr als leichtsinnig, wenn diese Frage auf der Tagung übergangen werden sollte.

Beachtet und erfüllt der Verbandstag die hier skizzierten Forderungen, dann wird zweifellos die Bedeutung und das Ansehen des Fabrikarbeiterverbandes wachsen, das Unternehmertum wird ihn ernster nehmen als bisher, und Erfolge für die gesamte Arbeiterschaft werden nicht ausbleiben.

Metallarbeiter-Schiedsspruch vom 28. Juni

Dem Antrag des DMV. auf Bezahlung der durch den Schulunterricht ausfallenden Arbeitsstunden an Lehrlinge ist seitens des Verbandes Mitteldeutscher Metallindustrieller, Ortsgruppe Halle, zugestimmt. Mit Wirkung vom 28. Juni werden die durch den Besuch der Fachschule ausfallenden Arbeitsstunden an die Lehrlinge — nicht auch an jugendliche Arbeiter — mit dem jeweiligen Tariflohn bezahlt. Lehrlinge, die im Akkord arbeiten, erhalten ebenfalls den Tariflohn.

Einem weiteren Antrage, welcher besagte, daß die Zeit der Arbeitslosigkeit als eine Unterbrechung der Dienstzeit nicht anzusehen ist, wurde gleichfalls zugestimmt und folgende Vereinbarung getroffen:

„Zur Berechnung der Feriendauer gilt die Arbeitszeit nicht als unterbrochen, wenn der Arbeitnehmer wegen Arbeitsmangels entlassen worden ist und während der Zeit von der Entlassung bis zur Wiedereinstellung durch dieselbe Firma oder ein anderes Verbandswerk keine Tätigkeit gegen Entgelt ausgeübt hat.

Die Zeit der Arbeitslosigkeit wird aber bei Bemessung der Ferien als „Dienstzeit" nicht angerechnet.

Diese Regelung gilt nur für Ansprüche, die nach dem 1. Januar 1925 entstanden sind; sie hat keine Gültigkeit für Arbeiter, die das Arbeitsverhältnis selbst gelöst haben.

Der Urlaubsanspruch tritt nach Tarif in jedem Falle erst dann ein, wenn der Arbeiter wieder ein volles Jahr bei der Firma tätig gewesen ist."

Ferner gelten folgende

Mindestlöhne ab 28. Juni 1925

	bisher	ab 28. 6. 25
A. Facharbeiter		
unter 19 Jahren	43 Pf.	46 Pf.
von 19—21 „	47 „	50 „
„ 21—23 „	56 „	60 „
über 23 Jahre	61 „	65 „
B. Angelernte		
von 18—19 Jahren	38 Pf.	41 Pf.
„ 19—21 „	42,5 „	45 „
„ 21—23 „	50,5 „	54 „
über 23 Jahre	54,5 „	58 „
C. Ungelernte		
von 18—19 Jahren	34,5 Pf.	37 Pf.
„ 19—21 „	37 „	39 „
„ 21—23 „	44 „	47 „
über 23 Jahre	49,5 „	53 „
D. Jugendliche		
von 15—16 Jahren	18 Pf.	19 Pf.
„ 16—17 „	21 „	22 „
„ 17—18 „	23,5 „	25 „

Akkordsätze: Nach § 5 des Tarifvertrages müssen die Akkordsätze derart bemessen sein, daß die Arbeiter bei Durchschnittsleistung in der höchsten Altersstufe (23 J.) in der Lage sind, 15 % über ihren Mindestlohn zu verdienen

	Angelernte bisher	Angelernte ab 28. 6. 25	Ungelernte bisher	Ungelernte ab 28. 6. 25
E. Arbeiterinnen				
von 15—16 Jahren	14,5 Pf.	16 Pf.	14,5 Pf.	16 Pf.
„ 16—18 „	20,5 „	22 „	20,5 „	22 „
„ 18—19 „	23 „	25 „	25 „	27 „
„ 19—21 „	29,5 „	32 „	28,5 „	31 „
„ 21—23 „	30,5 „	33 „	29,5 „	32 „
über 23 Jahre	32,5 „	36 „	31,5 „	35 „

F. Lehrlingssätze	
im 1. Lehrjahr	9 Pf. 10 Pf.
im 2. Lehrjahr	11 „ 12 „
im 3. Lehrjahr	15 „ 17 „
im 4. Lehrjahr	19 „ 21 „

in Gießereien u. Kesselschmieden 1 Pf. mehr

Wertigkeitszulagen:	bisher	ab 28. 6. 25
Wertigkeitszulage f. Facharbeiter über 23 J.	7 Pf.	11 Pf.
„ „ Angelernte über 23 J.	5 Pf.	7 Pf.
„ „ Ungelernte über 23 J.	3 Pf.	4 Pf.

Sonderzulagen: Die Stundenzulage für Former, Kernmacher, Putzer, Kesselschmiede und die Hilfsarbeiter dieser Berufe beträgt bisher 3,5 Pf., ab 28. 6. 25: 4,5 Pf.

Für Kesselreinigen und innere Kesselreparaturen beträgt die Stundenzulage 4 und 5 Pf.

Auslösung für Montagen nach § 6 des Manteltarifvertrages:

	bisher	ab 28. 6. 25
§ 6 Abs. 1b (in der Stadt)	1,10 Mk.	1,20 Mk. je Tag
§ 6 Abs. 2b (in der Umgebung)	1,40 „	1,50 „ je Tag
§ 6 Abs. 3b (mit Uebernachtung)	5,30 „	5,65 „ je Tag
§ 6 Abs. 3c (mit Uebernachtung)	3,80 „	4,25 „ je Tag
§ 6 Abs. 3c (Montagen von mehr als 14tägiger Dauer)	10 % weniger.	

Wir bringen diese ausführliche Lohntabelle, damit in allen Betrieben, auch dort, wo noch Unorganisierte vorhanden, auf wirkliche Zahlung des Tariflohnes gedrückt wird, und damit die gesamte mitteldeutsche Metallarbeiterschaft auf einheitlicher Basis arbeitet. Notwendig aber ist, daß die gesamte Metallarbeiterschaft sich dem DMV. anschließt und dort selbst mitarbeitet, damit die Löhne und die gesamten Arbeitsbedingungen bessere werden. Die Mealbetriebe geschlossen im DMV. organisiert — das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum erfolgreichen Kampfe gegen die wachsende Verelendung.

Verbandstag der Eisenbahner

(Schluß)

Unser Genosse Nabitz-Brandenburg hatte folgende Resolution eingebracht:

„Der Kongreß für China!

Die in Köln zu ihrer Generalversammlung versammelten Delegierten des Deutschen Eisenbahner-Verbandes senden brüderliche Grüße an die in schweren Kämpfen stehenden Gewerkschaftsorganisationen des chinesischen Proletariats von Kanton und Schanghai. Die deutschen Eisenbahner, die selbst unter dem schwersten Druck des internationalen Ausbeuterkapitals mehr denn je zu leiden haben, fühlen sich solidarisch mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die in Süchtina im Bunde mit den unterdrückten Studenten und Kleinbauern mutig und entschlossen den Kampf gegen die imperialistischen Ausbeuter aufgenommen haben. Wir rufen ihnen zu, in ihrem schweren Befreiungskampfe auszuhalten bis zum endgültigen Sieg."

Die Abstimmung ergab die Annahme der Resolution gegen nur wenige Stimmen.

Danach wurden die Verhandlungen auf Freitag morgen vertagt.

4. Verhandlungstag.

Die Einigung der Reichsgewerkschaft der Beamten mit dem DEV. machte am Freitag, an dem Tage, der für den Zusammentritt beider Generalversammlungen in Aussicht genommen war, zunächst doch noch ziemliche Schwierigkeiten.

Der Verbandstag des DEV. begann seine Beratungen mit dem Bericht des Vorstandsmitgliedes Kaulfuß über die neuen Satzungen: Der Name Einheitsverband habe Schwierigkeiten gemacht, da zunächst schon das Wort „Reichsgewerkschaft" zugestanden worden war, aber „Einheitsverband", das solle doch jetzt die Abkürzung, das Schlagwort für die neue Organisation werden. Der Ausdruck Klassenbewußtsein sei von der RG. zwar beanstandet worden, aber hier könne man nicht mehr zurückgehen. In der Beitragsfrage seien die Beamten für den Uebergang günstiger gestellt als die Arbeiter. Trotz des Unwillens der Arbeiter sei der RG. der neue Beitrag für die Beamten noch zu hoch. Es sei richtig, daß für Unterstützungen an die Arbeitermitglieder höhere Beiträge erforderlich seien, dafür mache aber die Einrichtung der besonderen Beamtenstelle des Verbandes ebenfalls wieder erhebliche Kosten. Der letzte Differenzpunkt sei die Zusammensetzung des Vorstandes, für den neben 9 DEV.-Vertretern 3 RG.-Leute vorgesehen seien, während die RG.-Hauptversammlung jetzt das Verhältnis 8 zu 4 verlange.

Bevor in die Aussprache eingetreten wurde, stand noch die Mandatsverteilung für den ADGB.-Kongreß zur Entscheidung. Die Wahlkreiseinteilung ist so, daß die Opposition entgegen der ersten Einteilung jetzt von jeder Delegationsmöglichkeit ausgeschaltet wird. — Genosse Nabitz protestierte und forderte erneut Urwahlen. Der Einspruch wird mit einem Hinweis auf die früheren Beschlüsse abgewiesen und die neue Mandatsverteilung genehmigt. — Bei der später vorgetragenen Liste der Vorschläge der verschiedenen Wahlbezirks-Delegationen, die eine reine SPD.-Liste ist, erhob ein SPD.-Arbeiter als Delegierter dagegen Einspruch, daß neben den vier Vorstandsvertretern und drei Bezirksleitern für die acht Mandate der Bezirke noch weitere 8 Angestellte bestimmt seien, das sei für die Mitgliedschaft unerträglich. Auch dieser Einspruch verhallte wirkungslos.

Da das Statut erst mit der RG. gemeinsam endgültig beschlossen wird, fand eine vorläufige Aussprache über Einzelbestimmungen statt. Von SPD.-Delegierten gingen Anträge ein, die den Kampf gegen jede Kriegsbehandlung statutarisch festlegen sollten. Außerdem wurden höhere Einnahmen für die örtlichen Verwaltungen und eine Erhöhung des Eintrittsgeldes gefordert. — Bonaß begründete den Berliner Antrag, daß die Bezirksleiter nicht durch den Vorstand bestimmt, sondern durch Bezirkskonferenzen gewählt werden sollen, und daß sie sich außerdem jährlich zur Neuwahl zu stellen hätten. Die Einsetzung der Gewerkschaftsbeamten durch den Vorstand habe nichts mehr mit Demokratie zu tun. Wie könnte man denn noch von der Hauptverwaltung der Reichsbahn Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter fordern, wenn man im Verband selbst dieses Recht den Mitgliedern nicht zugesteht.

Genosse Koch, Freital, wandte sich gegen das neue Wahlverfahren zum Verbandstag, durch das das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder sogar schon bei der Kandidatenaufstellung unerhört beschränkt werde. Er beantragte Beibehaltung des jetzigen demokratischen Wahlverfahrens. Weiter beantragte er, daß politisch Inhaftierten die volle Aufrechterhaltung ihrer Rechte zuerkannt wird, ohne daß von ihnen ordnungsgemäße Abmeldung verlangt werde.

Genosse Eichler, Elbing, beantragte, daß im § 1 der neue Zusatz, daß der Verband auf dem Boden der Republik stehe, parteipolitisch unabhängig und religiös neutral sei, gestrichen wird. Hierher gehöre das Bekenntnis zum Klassenkampf.

Genosse Markewitz, Insterburg, fordert Gleichstellung der Beamtenbeiträge mit den Arbeiterbeiträgen. Wenn RG.-Kollegen niedrigere Beiträge zahlen und dann noch sich gegen die Erziehung zum Klassenbewußtsein wenden wollen, wie soll das noch zu einer einheitlichen Kampfbewegung führen. Er fordert gleiche Pflichten und gemeinsamen Kampf.

Kaulfuß (Vorstand) wendete sich wiederholt gegen alle diese Aenderungsanträge.

Nach mehrstündiger Vertagung erklärt Falkenberg vom ADB., daß bei der RG. Einstimmigkeit herrsche über die grundsätzliche und praktische Einigung. Differenzen über das Programm und das Statut beständen nicht mehr, nur wegen des bisherigen Bestehens der vier Fachgruppen der RG. sei es zu Personenschwierigkeiten gekommen, die aber im Laufe des Abends geklärt werden würden. Die Einheit sei gesichert, aber die gemeinsame Sitzung könne erst Sonnabend vormittag 9 Uhr stattfinden. Nach Schefsels Vorschlag wird in diesem Sinne Vertagung bis Sonnabend vormittag beschlossen.

Ueber den Fortgang der Tagung, gemeinsam mit der RG., haben wir bereits am 1. Juli, Nr. 137, berichtet.

Der DMV. Halle überweist 300 Mark an die streikenden Metallarbeiter in Aschersleben

Die hallischen Metallarbeiter haben beschlossen, den streikenden Kollegen in Aschersleben 300 Mark für finanzielle Unterstützungen als Zeichen ihrer Solidarität zu überweisen. Das Geld ist bereits abgesandt.

Die Aschersleber Metallarbeiter für die revolutionäre Liste zum Gewerkschaftskongreß

Der DMV. Aschersleben hatte mit Stimmenmehrheit in seiner letzten Mitgliederversammlung den Spitzenkandidaten zur Kongreßwahl, den Genossen Lademann verpflichtet, in einer Mitgliederversammlung über die Aufgaben des Gewerkschaftskongresses zu sprechen. Desgleichen wurde mit Zustimmung der Opposition der Kollege Donath (Dessau), Kandidat der gegnerischen Liste, verpflichtet, als Korreferent gegen Lademann aufzutreten. Am Freitag, den 3. Juli, fand diese Mitgliederversammlung statt. Wer aber trotz Einladung nicht erschien, war der Kollege Donath (SPD.) von Dessau. Höchstwahrscheinlich hat er nicht den Mut, den Ausführungen unseres Genossen entgegenzutreten.

Das Referat unseres Spitzenkandidaten wurde von den anwesenden Kollegen mit lebhaftem Beifall begrüßt. Kollege Weise, der Angestellter in der Zahlstelle Aschersleben ist, versuchte Lademann entgegenzutreten. Er ging soweit, daß er von zwei Weltanschauungen sprach, die die Kommunisten von den Sozialdemokraten trennen. Damit gab er, unzweideutig zu verstehen, daß er als Sozialdemokrat nicht mehr auf den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung steht, sondern daß er auch schon mit Herz und Seele ins Lager der bürgerlichen Weltanschauung sich geflüchtet hat. Weise selbst mußte erklären, daß er sich voll und ganz zu den gewerkschaftlichen Forderungen der Opposition bekennen müsse, da sie auch seiner Meinung nach für die Arbeiterschaft eine Notwendigkeit wären. Trotzdem konnte er sich selbstverständlich nicht entschließen, die oppositionelle Liste zu propagieren, sondern erklärte die Wahl der drei Angestellten des Metallarbeiterverbandes Rößler, Donath und Hartung für unbedingt notwendig. Der Kollege Koch (SPD.) sagte über die irrigen Auffassungen des Kollegen Weise sehr treffende Worte. Er ging tiefer auf den Sinn und die Auswirkung der Arbeitsgemeinschaftspolitik ein und kennzeichnete sie als das, was sie ist, als vorbehaltslose Unterstützung des Kapitalismus. Auch Koch war nicht einverstanden mit der sehr oberflächlichen Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses. Er stellte derselben die Tagesordnung des letzten englischen Gewerkschaftskongresses gegenüber und führte aus, daß man auf solchen Tagungen vor allem, die die Arbeiterschaft angehenden Tagesfragen zu behandeln habe. Nachdem Genosse Schulz noch sehr warm für die Wahl der oppositionellen Liste eingetreten war, stellte im kurzen Schlußwort Genosse Lademann alle Irrtümer des Kollegen Weise fest. Bei der Wahl zum Gewerkschaftskongreß im DMV. handle es sich nicht um die Person, sondern um das Programm, das die Kandidaten vertreten, und gerade hier geben die Kandidaten der Liste B allen Gewerkschaftskollegen die Garantie, daß tatsächlich die Interessen der im Betrieb stehenden Kollegen vertreten werden.

Alle Metallarbeiter entscheiden sich am 12. Juli gegen die reformistische Liste A für die revolutionäre Liste B mit den Kollegen

Lademann, Lüttich, Chemnitz, Bentwitz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250706-11/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Schkeuditz im Zeichen der roten Front!

Ein gewaltiger Aufmarsch der Roten Frontkämpfer fand gestern zum Roten Tag in Schkeuditz statt. Sogar die Rathenau-Demonstration, die bisher für Schkeuditz als die größte galt, wurde übertroffen. Am Festzuge beteiligten sich 1800 Personen. Am stärksten waren vertreten Halle und Leipzig, die besonders durch ihr diszipliniertes Auftreten hervorstachen.

Der Tag selbst wurde eingeleitet durch einen Kommers, bestehend aus sportlichen Darbietungen, Rezitationen und einem Theaterstück „Der Geist des Proletariats". Die Schkeuditzer Arbeiterschaft war hierzu zahlreich erschienen. Auch einigen auswärtigen Ortsgruppen war es vergönnt, daran teilzunehmen. Am Sonntag früh nach dem Weckruf belebte sich das Straßenbild und stand bereits in der neunten Stunde vollständig im Zeichen von Rot Front. Bis zum Mittag erfolgte nun der Anmarsch der auswärtigen Ortsgruppen nach den Standqartieren. Um ½2 Uhr erfolgte der Aufmarsch auf dem Marktplatze, woselbst die Fahnenübergabe durch den Gauleiter des RFB., den Kameraden Richter, Halle, stattfand. Ein Vertreter des Bezirks Halle-Merseburg der KPD. begrüßte die Roten Frontkämpfer zum ersten Roten Tag in Schkeuditz und verband damit gleichzeitig den Wunsch, daß dieser Tag sich dahingehend auswirke, daß die Schkeuditzer Proleten sich wieder als Ganzes unter dem roten Banner zusammenfinden mögen, daß die Ortsgruppe Schkeuditz der KPD. sich noch fester in den Massen verwurzeln möge. Welche Bedeutung dabei dem Roten Frontkämpfer-Bund zufällt, zeigte Kamerad Richter in seinen Ausführungen, die er im Auftrage der Bundes- und Gauleitung des RFB. sprach. Die Kämpfe in China und Marokko usw. beweisen, daß trotz „pazifistischer Aera" die imperialistischen Konflikte im Weltmaßstabe immer im Wachsen begriffen sind. Auf der andern Seite beobachten wir die Vorbereitungen der Konterrevolution zur Vernichtung Sowjet-Rußlands. Daraus erwächst uns deutschen Arbeitern die Pflicht, zu verhindern, daß Deutschland das Aufmarschgebiet im kommenden Kriege gegen Sowjet-Rußland werde. „Krieg dem Kriege!", ist die Parole. Dies ist auch die Inschrift auf der Fahne, welche er dann entrollte und dem Leiter der Ortsgruppe Schkeuditz des RFB. übergab. Dieser wieder übergab das Banner der Fahnensektion mit der Erklärung, die damit verbundenen Verpflichtungen stets zu erfüllen. Der Fahneneid der Roten Frontkämpfer wurde von einer Jugendgenossin vorgetragen. Bevor der Demonstrationszug begann, empfahl Kamerad Richter noch eine Resolution zur Annahme, welche von Reichs- und Landesregierung fordert:

1. Einstellung aller Maßnahmen, welche zum Bruch mit Sowjet-Rußland führen können;

2. eine Vollamnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen.

Ein Wald von erhobenen Fäusten zeugte von dem Willen, für diese Forderungen sowie für den Kampf gegen die bulgarische Mörderregierung jederzeit einzustehen.

Die Demonstration endete im „Bürgergarten". Dort, sowie im Bahnhofsgarten, fand ein Konzert statt. Im Saale wurde abends dasselbe Programm für die auswärtigen Gäste abgewickelt, wie am Abend vorher für das Schkeuditzer Proletariat. Der Tag verlief ohne jeden Zwischenfall. Die Polizei sah sich alles nur von fern an.

Zentralbibliothek Halle (Burgstraße 27)

Das abgelaufene Halbjahr (Januar/Juni 1925) war ein weiterer Schritt vorwärts auf dem Wege der Stabilisierung. Dies konnte nur auf dem Wege der Selbsthilfe geschehen, da die Gewerkschaften seit 1918 keine Beiträge mehr an die Bibliothek abführten. Die Gründung der „Lesegemeinschaft Zentralbibliothek" am 26. Februar 1925 gab die Möglichkeit, das Interesse an der Bibliothek wieder zu wecken und das Fundament zu festigen. Einige Gewerkschaften haben dies auch erkannt und ihren Beitritt vollzogen. Langsam aber sicher werden auch die übrigen folgen müssen, wenn sie durch ihre Mitglieder, welche die Bibliothek benutzen, auch immer wieder daran erinnert werden, daß es Pflicht der Gewerkschaften ist, für den Ausbau der Bibliothek zu sorgen.

Ende März wurde der 2. Nachtrag zum Katalog von den Benutzern der Bibliothek freudig begrüßt, gab er doch wieder die Möglichkeit, die neu eingestellten Bücher kennenzulernen. Neu angeschafft wurden 53 Bände, darunter Sinclair Tagore komplett. In den Entleihziffern zeigt sich denn auch, daß die Leser mit der neuen Literatur bereits auf vertrautem Fuße stehen. An 50 Ausleihabenden wurden 5528 Besucher gezählt, von denen aus den einzelnen Abteilungen entliehen wurden: Parteiliteratur 80 Bände, Geschichte 259 Bände, Naturwissenschaften 311 Bände, Philosophie 69 Bände, Soz. Romane 3709 Bände, Jugendschriften 628 Bände, Klassiker 61 Bände, Sammelwerke 105 Bände, Technik 38 Bände. Neu meldeten sich als Leser 141, so daß an eingeschriebenen Lesern 955 vorhanden sind.

*** Kommunistische Fraktion des Verkehrsbundes. Alle Kollegen müssen sich am Mittwoch, abends 8 Uhr, unbedingt pünktlich in der Produktiv-Genossenschaft (Zimmer 4) zwecks einer wichtigen Besprechung einfinden. Kein Genosse darf fehlen.**

*** Kommunistische Staats- und Gemeindearbeiter. Am Mittwochabend 8 Uhr müssen sich unbedingt alle kommunistischen Staats- und Gemeindearbeiter zu einer wichtigen Besprechung in der „Goldenen Kette" einfinden. Die Dringlichkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen jedes Genossen zur Pflicht.**

* **Achtung, Bauarbeiter!** Für alle Leipziger Bauarbeiter: Dienstag, 7. Juli, mittags 1 Uhr, öffentliche Bauarbeiterversammlung im Zoologischen Garten in Leipzig (Streikversammlung).

* **Auf der Bischofswiese gefunden** wurden ein Perlenhandtäschchen (Inhalt eine ebensolche leere Geldtasche und Taschentuch) sowie eine Kinderstrickjacke. Die Gegenstände sind in der Produktiv-Genossenschaft (Inseraten-Annahme) abzuholen.

9. Sommerkonzert im „Volkspark". Veranlaßt durch den großen Erfolg des letzten Konzertes wird das am Dienstagabend angesetzte Konzert als Walzer- und Operettenabend stattfinden. Eingeleitet wird das Konzert durch einen Marsch aus der Operette „Die lustige Witwe" von Lehár, hierauf folgt die Ouvertüre „Die schöne Galatha" von Suppee und eine Fantasie aus der Oper „Der Vogelhändler" von Zeller, der Teil schließt mit einem Walzer „Sirenenzauber" von Waldteufel. Im 2. Teil steht als Eingang die Operette „Orpheus in der Unterwelt", dann folgt ein Walzer aus der mit außerordentlichem Erfolg aufgeführten Operette „Gräfin Mariza" und zwei andere Stücke aus derselben Operette. Die Hauptnummer dieses Teiles sind aber die Melodien aus dem Singspiel „Das Dreimäderlhaus". Der letzte Teil enthält ein Potpourri aus der Operette „Die Geihsa" von Jonas, und das Konzert schließt mit einem Walzer „Am Wörther See" von Koschak. Auch dieser Abend wird für die Besucher zu einem ganz besonderen Genuß werden.

* **Thalia-Theater.** Am heutigen Montag 8 Uhr erste Wiederholung der Tragödie „Liebe" von Anton Wildgans. Dienstag: „Frau ohne Kuß". Mittwoch: „Wer weint um Judenack?", worin sich Marianne Miersch und Oskar von Xylander vom hallischen Publikum verabschieden. Donnerstag: „Frau ohne Kuß". Freitag verabschiedet sich Paula Thetter-Lange in „Liebe" von Wildgans.

* **Annahme gewöhnlicher Pakete durch die Paketbesteller.** Die Paketbesteller in Halle dürfen gewöhnliche Pakete zum Abliefern an die Postanstalt annehmen. Die Abholung aus der Wohnung kann schriftlich oder durch Fernsprecher Nr. 7551 bei dem Postamt 2 (Thielenstraße 2a) bestellt werden. Für die Bestellschreiben oder -karten, zu denen möglichst ungestempelte Postkarten zu benutzen sind, wird keine Gebühr erhoben; sie können in die Briefkästen gelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesteller nehmen die Pakete in den Häusern, die sie zum Bestellen oder Abholen betreten, oder an den Stellen entgegen, wo ihr Fuhrwerk hält. Für jedes Paket ist außer der Freigebühr eine Nebengebühr von 20 Pfennig im voraus zu entrichten.

* **Sonderzüge mit Fahrpreisermäßigung nach der Nordsee.** In Halle und Leipzig werden noch Sonderzugkarten ausgegeben zu einem Sommer-Sonderzuge am 10. Juli nach Bremen—Norddeich (Leipzig ab 9.15, Halle ab 10.08 abends) und am 13. Juli nach Hamburg (Leipzig ab 11.02, Halle ab 11.55 abends). Fahrpreise usw. wie bei anderen Sommer-Sonderzügen nach der Nordsee.

Am Mittwoch, dem 8. Juli, abends 8 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft die fällige

Arbeitsausschußsitzung

statt. Die Oberbezirksführer, Ressortleiter, Distriktsführer und Zellenobleute haben zu dieser Sitzung bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

BL. Halle-Merseburg, Ortsgruppe Halle.

Gegen den Zollwucher, für die internationalen Verbraucherorganisationen

Verbraucherversammlung als Auftakt zum 3. Internationalen Genossenschaftstag — Der Demonstrationsumzug des Allgemeinen Konsumvereins im Zeichen der roten Fahne

Der diesjährige Internationale Genossenschaftstag schickte als Auftakt eine öffentliche Verbraucherversammlung voraus, die zum Sonnabend vom Allgemeinen Konsumverein nach dem „Volkspark" einberufen war.

Die Versammlung wies leider nicht den gewünschten Besuch auf. Nach der Eröffnung erhielt die Genossin Strömer (Wien) das Wort zu ihrem Referat.

Der schwache Besuch der heutigen Versammlung ist leider nicht nur in Halle zu verzeichnen. Fast überall steht es so, daß das Interesse der breiten Massen an den Konsumgenossenschaften nur gering ist. **Das ist die Schuld der Führung der reformistischen Schulung der Genossenschaftsbewegung, die bei den Mitgliedern Illusionen darüber erweckt hat, als ob die Genossenschaften für sich allein den Sozialismus verwirklichen konnten.** Die Enttäuschung darüber, daß dies natürlich unmöglich ist, hat die Mitglieder stark enttäuscht und dazu geführt, daß die Genossenschaften nur als billige Bezugsquellen betrachtet werden.

Nach einigen Ausführungen über die geschichtliche Entwicklung der Genossenschaftsbewegung geht die Referentin auf die **von Lenin auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam schon vor dem Kriege eingebrachte Resolution ein.** Die Genossenschaften können unmöglich vor Ergreifung der Macht durch das Proletariat den Sozialismus verwirklichen, aber sie stellen in der Zeit nach der Machtergreifung **das wichtigste Werkzeug des sozialistischen Aufbaus dar.** Aber schon vorher können sie im proletarischen Klassenkampf eine aktive Rolle spielen, indem sie bei allen wirtschaftlichen Kämpfen, Streiks und Aussperrungen die kämpfenden Arbeiter unterstützen, indem sie

den Kampf gegen alle die Verbraucher belastenden Zoll- und Steuermaßnahmen organisieren,

indem sie den Kampf gegen den Faszismus unterstützen, der in vielen Ländern (vor allem in Italien) systematisch an der Vernichtung der proletarischen Genossenschaften arbeitet.

Leider ist diese Klarheit über die Aufgabe der Genossenschaften heute noch lange nicht weit genug verbreitet. In der Genossenschaftsinternationale sind alle möglichen Richtungen vertreten und so erklärt sich auch der nicht konkret auf die Aufgaben des Klassenkampfes eingehende Aufruf zum heutigen Genossenschaftstag. Aber jeder praktisch tätige Genossenschafter spürt, wie ungeheuer brennend jede politische Frage für die genossenschaftliche Kleinarbeit ist. Der bürgerliche Standpunkt Staat sucht sorgfältig, vor allem **bei allen Steuerfragen usw., die proletarischen Genossenschaften zu benachteiligen,** während er sich andererseits der von den Großbauern geleiteten landwirtschaftlichen Genossenschaften liebevoll annimmt. Sie sind ihm ein geeignetes Mittel, die Kleinbauern an der Nase herumzuführen.

Die Referentin geht dann im einzelnen auf die Zoll- und Steuerpolitik in Deutschland ein, die noch viel schlimmer sei als in anderen Ländern. Zum Schluß spricht sie ausführlich über die Tätigkeit der Frauen in der Genossenschaftsbewegung, die von den Reformisten systematisch sabotiert werden. Die Frauen müssen dafür sorgen, daß die Genossenschaft ihnen wirklich die Kleinarbeit des Haushaltes nach Möglichkeit abnimmt, sie müssen aber andererseits sich in der Genossenschaftsarbeit auch darauf vorbereiten, **nach dem Siege des Proletariats die Haushälterinnen des gesamten werktätigen Volkes zu sein.**

In der anschließenden Diskussion sprachen zunächst die Genossen Glasemann und Mendorf, die die zu **wenig aktive Haltung der Genossenschaften gegenüber dem Steuer- und Zollwucher** kritisierten. Genossin Hermann klagt über die Interessenlosigkeit der Frauen und erinnert an die Fälle des Bürgerstreiks, wo die Genossenschaft als einzige für die Ernährung des Proletariats sorgte. Die Frauen müssen

alle Kraft einsetzen, um die Genossenschaften zu wirklichen Kampforganisationen des Proletariats zu machen.

Im Schlußwort weißt die Referentin darauf hin, daß die politische Neutralität der Genossenschaftsführung eben den Krämergeist erzeugt, der leider vielfach verbreitet ist. Die Genossenschaften, die am stärksten vom Klassenbewußtsein getragen sind, weisen gewöhnlich auch wirtschaftlich die besten Erfolge auf. Die Frauen mögen immer daran denken, daß sie, wenn sie beim kapitalistischen Händler kaufen, die Front der Ausbeuter stäcken und ihrem, um höhere Löhne kämpfenden Mann in den Rücken fallen.

Wer die Genossenschaft stärkt, stärkt auch die Front des proletarischen Klassenkampfs.

*

Der gestrige 3. Internationale Genossenschaftstag zeigte wieder, wie auch in den Vorjahren, eine gute Beteiligung der hallischen Arbeiterschaft. Sämtliche Arbeiterorganisationen, Partei, Gewerkschaften und Vereine hatten zur Teilnahme aufgefordert, und wenn bei dem Umzug durch die Stadt die Zahl der Teilnehmer noch lange nicht jenes Maß erreichte, wie man es wünschen konnte, so lag das mit an dem Wetter, das bis in die Nachmittagsstunden recht zweifelhaft aussah und viele davon abhielt, an dem Umzug durch die Stadt teilzunehmen. Am Nachmittag, als sich das Wetter endlich festigte, strömte denn auch noch ein großer Teil von Nachzüglern zur Bischofswiese, woselbst sich alle Teilnehmer zu einem Waldfest zusammengefunden hatten.

Auf dem Roßplatz sammelten sich in der Mittagsstunde die Teilnehmer und formierten sich zu einem ansehnlichen Demonstrationszug. Viele Organisationen zogen schon geschlossen von ihren Sammelplätzen zum Roßplatz. Die Sportler in ihrem Sportdreß, Turnverein Fichte mit eignem Spielmannszug, ganz in Weiß gekleidet, Wandergruppen, Rote Frontkämpfer, Arbeiter-Radfahrer usw., sie alle boten ein farbenprächtiges, eindrucksvolles Bild. Wie bei allen öffentlichen Arbeiterveranstaltungen, an denen sich selbst die SPD. offiziell beteiligt, war auch hier der revolutionäre Charakter deutlich zu erkennen. Die rote Fahne des Klassenkampfes und der proletarischen Revolution beherrschte auch in der Veranstaltung dieser Verbraucherorganisation das Feld, und die einzige Fahne mit den Farben Schwarz-Rot-Gold, die bezeichnenderweise von einem Kinde getragen wurde, wirkte in diesem geschlossenen Bild der klassenbewußten Arbeiterschaft mehr als kläglich. Die Fahne der Ebert-Republik läßt man bei Arbeiterveranstaltungen wohl am besten zu Haus. Man wird beim Anblick dieser Farben an viele schlechte Dinge erinnert, die das einheitliche Bild leicht stören könnten. Man mag die Farben in den Umzügen der Schützenfeste oder anderer bürgerlicher Veranstaltungen zeigen, aber in einem Umzug der Arbeiterschaft hat diese Fahne, die letzten Endes doch ein Symbol der Arbeiterfeindlichkeit ist, nichts zu suchen.

Unter Vorantritt einiger Musikkapellen bewegte sich dann kurz nach 1 Uhr der Umzug durch Lessingstraße, Ludwig-Wucherer-Straße, Karlstraße, Harz, Wallstraße, Kirchtor, Burgstraße über Cröllwitz zur Bischofswiese. Zahllose Transparente, mit Plakaten geschmückte Wagen, rote Fähnchen und anderes mehr forderten eindringlich auf, den Allgemeinen Konsumverein, der Verbraucherorganisation der hallischen Arbeiterschaft beizutreten. Auf der Bischofswiese schloß der Umzug und ein Waldfest hielt hier alle Teilnehmer zwanglos zusammen. Der Konsumverein hatte große Mühe, allen Anforderungen in bezug auf die durch den langen Marsch durstig Gewordenen zu genügen. Im Gegensatz hierzu war für die Unterhaltung bestens gesorgt. Hauptsächlich kamen die Kinder auf ihre Rechnung, denen der Tag durch gemeinschaftliche Spiele mit Bonbonverteilung und Luftballons vom „Klassenkampf", sowie durch die Vorstellung, die ihnen ein proletarisches Kasperletheater bot, allzu schnell verging.

Ganz besonderen Eindruck verschaffte sich überhaupt die „Produktiv-Genossenschaft", die mit einem ihrer Autos, das mit Luftballons beladen war, an dem Umzug teilnahm. Die Nachfrage nach den Ballons war derartig stark, daß alle Kräfte angespannt werden mußten, um allen Wünschen zu genügen.

Abgesehen von einigen Unstimmigkeiten (so wurde zum Beispiel Most-Schokolade verkauft, wofür die Hauptverantwortlichen die Arbeiter selbst sind, denn sie hätten die Fabrikate dieser arbeiterfeindlichen Firma einfach zurückweisen müssen) verlief der 3. Internationale Genossenschaftstag in einer einheitlichen Form, wie er auch begonnen hatte.

Ammendorf

Das Volksfest findet nicht, wie gemeldet, am 26. Juli statt, sondern am 19. Juli. Am Dienstag, dem 7. Juli, nachmittags 6 Uhr, wird begonnen mit dem Einüben der Spiele. Die Arbeiterschaft ersuchen wir, ihre Kinder dort hinzuschicken, und zwar: Radewell und Osendorf nach dem Sportplatz, Ammendorf und Beesen nach der Schafbrücke. Die von der Bergmanns-Siedlung melden sich bei Karl Albert, die von der Silberhöhe bei den dortigen Genossen oder bei Frl. Graf. Alle Helfer und Helferinnen haben sich ebenfalls dort einzufinden.

Arbeiter-Sport

Der Kreismeister geschlagen

Fichte I. schlägt Kröllwitz I. 3:0 (1:0)

Ein energischer Kampf auf dem Fichte-Platz setzt von Anfang an ein. **Beide** Mannschaften spielten technisch, aber mitunter auch hoch. Bei Fichte sah man gleich zu Anfang eine ziemlich kritische Situation, mit Glück rettete der Torwart. **Kröllwitz spielt leicht überlegen, nach und nach macht sich Fichte frei. Kröllwitz** fällt durch lautes Zurufen auf, auch wurde der Schiedsrichter korrigiert. Fichtes leichte Ueberlegenheit ist jetzt anzuerkennen, nur im Sturm will es nicht klappen. In letzter Minute vor Halbzeit setzt F.-M.-St. einen langen hohen Schuß aufs Tor. Der Tormann lenkt den 40-Meter-Ball in die eigenen Maschen.

Nach Halbzeit wurde das Spiel aufgeregter und zerfahrener. F. ist immer mehr im Angriff. Die Läuferreihe füttert den Sturm mit Bällen. Im F.-Sturm fehlt das bindende Passen noch sehr. Der H.-L. verspricht gute Anlagen, nur der M.-St. ging auf sein Spiel nicht ein. Die Angriffe Kr. werden sichere Beute der Verteidiger. Mit langen Schlägen schaffen sie Luft an dem Tor. Nach einer guten Vorlage von links erzielt der M.-St. das zweite Tor, kurz darauf vom selben Spieler das dritte Tor. Kr. rafft sich zusammen. Das Körperspiel hätten wir von Kr. nicht erwartet. Verschiedene Strafstöße mußten gegeben werden. Ein Spieler von Kr. wurde wegen unsportlichen Benehmens gegen den Schiedsrichter herausgestellt. Kr. ist leicht überlegen. Mehrere Ecken drücken dies aus. Eine schöngetretene Ecke landet am Pfosten. Ein Spieler von Kr. fällt beim Kopfball-Nehmen ins Tor. Beim Aufstehen sendet er den Ball ein. Der Schiedsrichter gibt dieses Tor wegen Abseits nicht. **Kröllwitz protestiert.** Der Kampf flaut ab. Mit 3 : 0 muß sich Kr. geschlagen bekennen.

Fichtes Hintermannschaft war blendend. Der Sieg kommt auf Konto des Mittelläufers. Er führte den Sturm immer geschickt ins Feuer. Die Stürmer zu zerfahren. Der M.-St. muß mehr auf Paßspiel eingehen. Die Außenstürmer in der 1. Halbzeit glatte Versager.

Kr. Tormann konnte die beiden ersten Tore nicht halten, das dritte Tor mußte er halten können. Er mußte sich ruhiger verhalten. Die Verteidigung war sicher. Die Läuferreihe versagte, genau wie in seinem Spiel gegen Dresden. Sie sollten das Diskutieren im Spiel unterlassen. Der Sturm spielte zerfahren, da für den H.-L., genau wie bei F., ein anderer Spieler mitwirkte. Auffällig war das schlechte Stellen von Kr. Der Schiedsrichter gab sein Bestes her, er mußte sich viel korrigieren lassen von Kr. Eckenverhältnis 6 : 5 für Fichte.

Fichte 2. gegen Kröllwitz 2. 1 : 1 (1 : 0). Auch hier wurde hart um die Punkte gekämpft. Rohes Spielen war beiderseits Trumpf. Im flotten Tempo ging der Kampf auf und ab. Bald war Kr., bald F. überlegen. In der 20. Minute ein langer Ball von Fichtes Verteidigung. Kr. Verteidiger standen in der Mitte. Der kleine L.-A. nimmt den langen Ball, geht allein durch. Mit 1 : 0 führte Fichte. 5 : 1 Ecken für F. die erste Halbzeit.

Nach Halbzeit ist Kröllwitz überlegen. Kr. M.-St. fällt durch hartes Spielen auf. Fichtes Tormann hält manchen schwierigen Ball. 5 : 2 Ecken für Kröllwitz. Bei einer Drängelei vor dem F.-Tor stellte, angeblich wegen Tretens, der Schiedsrichter den H.-R. von F. heraus. Bei einer scharfen Drängelei der Verteidiger F. gibt der Schiedsrichter Elfmeter. Den scharfen Schuß hielt der Tormann mit Glück. Wieder ein scharfes Angehen. Auch diesen Elfmeter hielt der F.-Torwart. Der nachsetzende Stürmer sendet ein. Mit 1 : 1 trennten sich die Gegner.

Kröllwitz 3. gegen Sportlust 3. 2 : 0.
Viktoria 1. gegen Bruckdorf 1. 2 : 1.
Viktoria 2. gegen Bruckdorf 2. 3 : 0.
Viktoria 3. gegen Minerva 3. 1 : 3.
Sportlust 1. gegen Minerva 1. 2 : 1.
Fortuna 1. gegen Trotha 1. 1 : 0.
Radewell 1. gegen Teutonia 1. 2 : 1 (!).
Wörmlitz 1. gegen ASC. 1. 1 : 1.
Wörmlitz Jugend gegen Zörbig Jugend 1 : 0.

2. Kreis, 6. Bezirk (Bezirksfest). Dienstag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, in Teichmanns Restaurant, Glauchaer Straße, Quartierausschußsitzung. — **Alle Vereine,** welche Sonnabend, den 11. Juli, mit Zügen ankommen, **haben den Hauptausgang** zu benutzen.

Sportlust 1. gegen Minerva 1. 2 : 1 (1 : 1). Sportlust hat Anstoß, verliert den Ball. Minervas Angriff von Verteidigung unterbunden. Sportlust kommt gut auf und setzt sich in Minervas Hälfte fest. In der 20. Minute ein Tor für Sp. durch Alleingang des Rechtsaußen. Mehrere Ecken werden verschossen. M. erzielte eine Ecke, welche vom Mittelstürmer unhaltbar eingeschlossen wird. Bis Halbzeit ändert sich nichts am Resultat trotz Ueberlegenheit Sp. Nach Seitenwechsel liegt Sp. wieder im Angriff trotz zehn Mann, da ein Mann vom Platze verwiesen wurde. Ein Hand-Elfer bringt für Sp. den verdienten Sieg. M. sucht auszugleichen, außer einem Eckball, der gut getreten aber vom Rechtsaußen danebengeschossen wird, konnte M. dem Sp.-Tor trotz Umstellung nicht mehr gefährlich werden. Je ein Spieler von M. und Sp. mußten das Feld wegen zu harten Spielens verlassen, so daß M. mit 10 und Sp. mit 9 Mann das Spiel zu Ende führten. Der Schiedsrichter ließ sich durch nichts beeinflussen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250706-11/fragment/page=0006